

Metropole und Klima

Landesplanungsminister Claude Turmes will mit seinem Projekt *Luxembourg in Transition* Raumplanung und Klimaschutz verbinden. Die Idee ist kühn, aber notwendig. Dass er sie grenzüberschreitend verfolgt, ist es auch

Action ou vérité

Um ihre Krise zu überwinden, muss die CSV sich bis 2023 neu aufstellen. Ein Konzept und ein Gegenkandidat für das Präsidentenamt sind nicht in Sicht

Die große Pleite

Wann kommt die Hyperinflation? Der Ökonom Ingo Sauer hat zumindest herausgefunden, warum sie kommt

Inquiétude industrielle

L'État vend ses parts dans Paul Wurth. La transaction est conduite dans un contexte financier difficile pour l'acquéreur allemand. La dimension immobilière est clé

Photo : Ouvriers de l'entreprise Paul Wurth, 1909 © Photothèque de la Ville de Luxembourg





Claude Turmes
im Héichhaus
auf dem
Kirchberg

Metropole und Klima

Peter Feist

Landesplanungsminister Claude Turmes (Grüne) will mit seinem Projekt *Luxembourg in Transition* Raumplanung und Klimaschutz verbinden.

Die Idee ist kühn, aber notwendig. Dass er sie grenzüberschreitend verfolgt, ist es auch

Die Pressekonferenz, die Landesplanungsminister Claude Turmes (Grüne) am heutigen Freitagvormittag gibt, könnte man beinahe historisch nennen: Er wird dort die vier *Plans sectoriels* vorstellen.

Wer sich erinnert, weiß noch, dass die vier Pläne ein politisch brisantes Thema des Jahres 2014 waren. Die erste DP-LSAP-Grüne-Regierung war kaum sechs Monate im Amt, da brachte sie heraus, woran unter CSV-Führung seit über zehn Jahren gearbeitet worden war – Entwürfe für die staatliche Raumplanung. Ein *Plan sectoriel Transport* sollte festlegen, welche Korridore für Transportwege zu reservieren seien. Einem *Plan sectoriel Logement* waren Standorte für Wohnungsbau im großen Stil zu entnehmen, einem *Plan sectoriel Zones d'activités* Standorte für Gewerbegebiete. Ein vierter Plan beschrieb Landschaften, die bei all diesen Aktivitäten schützenswert wären.

Schlagzeilen Rund ging es um die vier Pläne zum einen, weil manche Minister/innen sie gegen die CSV kehrten: Die damalige DP-Wohnungsbauministerin Maggy Nagel etwa kündigte an, nun hole sie nach, was ihre CSV-Vorgänger jahrzehntelang versäumt hätten. Dass dazu ausgerechnet ein CSV-Wohnungsbauplan herhalten sollte, trug ihr erwartungsgemäß den heiligen Zorn der größten Oppositionspartei ein. Vor allem aber sorgten die *Plans sectoriels* monatelang für Schlagzeilen über Rechtsunsicherheiten, Eingriffe in die Freiheit von Grundstücksbesitzern und in die Gemeindeautonomie. Im Herbst 2014 zog die Regierung sie zurück. Als sie 2018 wieder auftauchten, fiel das kaum auf, obwohl es mitten in den Wahlkampf geriet. Die Pläne waren politisch entschärft worden, waren nun weniger zwingend. Der damalige Landesplanungsminister François Bausch (Grüne) hatte die Gemeinden und ihren Verband Syvicol zum Mittun bei der Überarbeitung eingeladen. Anschließend aber begann die eigentliche „Kon-

„Ich gehe pragmatisch vor“, sagt Turmes. Der Landesplanungsminister müsse „mit allen kooperieren“. Soll heißen: Er braucht die anderen mehr als sie ihn

sultationsprozedur“: Gemeinden und Instanzen schrieben neue Stellungnahmen. In der Zwischenzeit wechselte die Regierung. Claude Turmes übernahm das Ressort von François Bausch. Vor neun Monaten begutachtete der Staatsrat die Entwürfe, fand ihre Rechtsbasis noch immer problematisch. Von den Gemeinden kamen insgesamt 1 700 Einwände. All dem soll Rechnung getragen haben, was Turmes heute vorstellt, denn gleich danach sollen die *Plans sectoriels* über großherzogliche Verordnungen in Kraft gesetzt werden. Dann werden für den ersten großen Wurf zum planvollen Umgang mit dem in Luxemburg so knappen Boden fast zwei Jahrzehnte nötig gewesen sein.

Diverse Interessen Vielleicht erzählt Claude Turmes heute davon, was so schwierig war. Im Gespräch mit dem *Land* griff er dem nicht vor. Dass er auf der Pressekonferenz viel darüber berichten wird, ist auch nicht sicher: Einerseits kennt er nur die Schlussphase der Pläne. Andererseits sind die Probleme, mit denen ein Landesplanungsminister zu tun hat, dieselben wie vor 20 Jahren. Er ist mit Privatinteressen konfrontiert – mit denen von Grundstücksbesitzern, mit denen von Unternehmen, die Flächen zur Ansiedlung suchen, mit denen von Bürger/innen, die gerne eine Wohnung hätten. Der Landesplanungsminister muss sich auf einem Territorium, das nur rund zweimal so groß ist wie das von London, mit 102 Gemeinden auseinandersetzen, die unterschiedlich groß und verschieden gelegen sind, von denen aber auch die kleinste ihre Lobby hat. Kommunale Planungshoheit und Finanzautonomie besitzen alle. Und der Minister hat es mit Kolleg/innen im Kabinett zu tun, die eigene Interessen und Projekte verfolgen. Ihnen gegenüber hat der Landesplanungsminister ein Mitspracherecht, aber nur ein beratendes. Von sich selber sagt Claude Turmes auf die Frage, ob er gegenüber seinen Gesprächspartner/innen und Kontrahent/innen fordernd auftrete, „ich gehe pragmatisch vor“. Auch kleine Schritte seien

wichtig, der Landesplanungsminister müsse „mit allen kooperieren“. Soll heißen: Er braucht die anderen mehr als sie ihn. Landesplanung ist ein Langfrist-Vorhaben. Zum üblichen Politikbetrieb passt es schlecht.

Horizont 2050 Deshalb ist es gar nicht so abwegig, anzunehmen, dass Turmes sich mit dem Riesenvorhaben, das er seit vergangenem Jahr verfolgt, eine Auszeit von der komplizierten Arbeit *um Terrain* nehmen und vielleicht in erster Linie auf den Wahlkampf 2023 zielen könnte: *Luxembourg in Transition* ist ein Ideenwettbewerb von Konsortien aus Planer/innen, Architekt/innen und Wissenschaftler/innen. „Es ist der Versuch, partizipativ mit Horizont 2050 zum Klimaschutz beizutragen“, sagt Turmes. In dem 2020 von der Regierung verabschiedeten Nationalen Energie- und Klimaplan stünden „viele technische Vorhaben“. Etwa, dass die Elektromobilität gefördert oder energiesparender gebaut werden soll. „Aber eigentlich reicht das nicht.“ Weil die EU bis 2050 „CO₂-neutral“ werden will und Luxemburg mit ihr, soll *Luxembourg in Transition* klären, „wie sich das territorial deklinieren lässt“. Und obendrein nicht in Luxemburg allein, sondern auch im grenznahen Ausland. *Luxembourg in Transition* versteht Luxemburg als grenzüberschreitende „Metropolitanregion“, also Klimaschutz und Raumplanung grenzüberschreitend. Vor vier Wochen wurden in einem Zwischenausscheid aus den Vorschlägen von zehn Konsortien sechs ausgewählt, um weitergetrieben zu werden. Bis zum Sommer sollen sich aus diesen sechs wiederum drei für die Endrunde qualifizieren: Die werden dann zu einem Entwurf zusammengefasst, der der Regierung vorgelegt wird.

Was Claude Turmes da andenken lässt, ist hochinteressant. Die Webseite *luxembourginttransition.lu* ist schon jetzt gespickt mit Berichten und Filmen. Unabdingbar ist das Projekt im Grun-

de auch, denn CO₂-Neutralität hieße, dass 2050 nicht mehr Treibhausgasemissionen anfallen dürften, als sich binden lassen. Da die unterirdische Endlagerung von CO₂ hierzulande nicht infrage kommt und zumindest zurzeit unklar ist, ob CO₂ sich im großen Stil in der Industrie zu etwas Neuem „veredeln“ lässt, können als „Senken“ zur CO₂-Bindung nur Wälder und Pflanzen dienen. Damit lässt sich schon heute ziemlich genau ausrechnen, wieviel Treibhausgas in Luxemburg 2050 ausgestoßen werden darf. Die knappe Ressource Boden wird damit zusätzlich wertvoll, der sparsame Umgang mit ihr extrem wichtig. Darüber jetzt schon nachdenken zu lassen, ist kaum zu früh, denn für den Weg zu *zero carbon* ist ein Plan mit Etappen nötig. In der ersten Phase von *Luxembourg in Transition* drehen die Überlegungen der Konsortien sich vor allem darum, wie sich die CO₂-Flüsse aus und nach Luxemburg messen lassen: seien sie mit menschlichen Aktivitäten verbunden, seien sie Importe und Exporte von Waren und sogar Dienstleistungen. Erste Überlegungen, wie die Ressource Boden am besten eingesetzt werden sollte, wurden ebenfalls schon angestellt; sie sollen jetzt auf Luxemburg und die angrenzenden Regionen ausgedehnt werden

Wer macht mit? Die große Frage wird sein, wie schnell sich für ein solches Konzept politische Unterstützung finden lassen wird, zumal grenzübergreifend. Die Raumplanung ist, ganz ohne CO₂-Ziel, im Inland schon schwierig genug.

Das liegt unter anderem auch daran, dass es eine große Strategie, über die politischer Konsens besteht, zwar gibt. Aber auch sie ist fast 20 Jahre alt. 2003 stimmte die Abgeordnetenkammer dem Leitprogramm zur Raumplanung zu, das noch immer gilt. Die Vorarbeiten zu den *Plans sectoriels* begannen, als das Leitprogramm noch nicht verabschiedet war. Das war nicht falsch: Die Pläne sollen das Leitprogramm umsetzen. In ihm

LEITARTIKEL

Ein Jahr Covid-19

Peter Feist

Am Wochenende wird es ein Jahr her sein, dass in Luxemburg die erste Person positiv auf das Sars-CoV-2-Virus getestet wurde. Es war Samstag, der 29. Februar. Am *Tramsschapp* auf dem Kirchberg war Gratistransport-Party, in der Villa Louvigny hielten Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) und Gesundheitsamtsdirektor Jean-Claude Schmit um 21.30 Uhr eine Pressekonferenz ab.

Damals ahnte noch niemand, dass nur zwei Wochen später Schluss sein sollte mit Freiluftpartys. Als die Abgeordnetenkammer am 22. März für drei Monate den Notstand erklärte, lag der Sieben-Tage-Schnitt der positiv Getesteten bei 104. Am Dienstag dieser Woche lag er bei 193. Mit dieser Inzidenz, sagte Paulette Lenert am gestrigen Donnerstag auf einer Pressekonferenz, liege Luxemburg im „Peloton Benelux“.

Vergleichen lassen die Situationen damals und heute sich schlecht. Damals wusste niemand, was von dem neuen Virus zu erwarten war. Bilder aus Norditalien und dem Elsass gingen durch Europa. Auch in Luxemburg füllten die Spitäler sich schnell mit Covid-Kranken; von einem am 19. März auf 63 drei Tage später. Der Spitzenwert von 173 am 4. April wurde aber erst am 2. November, in der zweiten Welle, übertroffen. Der erste Lockdown ließ die Zahl der Hospitalisierten bis Ende Mai auf 23 sinken; im Laufe des Juni bis auf acht. Im Juni gab es Tage, an denen niemand wegen Covid-19 intensiv versorgt werden musste. Diese Woche oszillierte die Zahl der Intensivpatient/innen um die 15. Das ist schon seit vier Wochen so.

Vielleicht illustriert das den Umgang mit Covid hierzulande treffend: Luxemburg reitet auf den Wellen, so gut sich das machen lässt. Es ist dabei als kleines Land im Vorteil gegenüber den Großen, die ihre Politik auf viel größere Räume ansetzen müssen. Paulette Lenert antwortete gestern auf die Frage, wie der Politikansatz sich in dem einen Jahr Covid-19 entwickelt habe, dass im Grunde immer „das Essenzielle“ gemacht worden sei. „Im März haben wir ein Krisenzentrum eingerichtet, heute diskutieren wir über die Qualität von Schnelltests.“

Wie genau über das Reiten auf den Wellen entschieden wird, weiß freilich die große Öffentlichkeit heute genauso wenig wie damals. Die Regierung hat den Umgang mit der Seuche nie mit Strategie und Taktik kommuniziert, hat nie gesagt, bei welchem Stand welcher Covid-Indikatoren was für Einschränkungen und was für Lockerungen gelten könnten. So etwas mitzuteilen, wurde immer als „zu komplex“ abgewiesen. Wahrscheinlich hätte sich darauf eine Pandemie-Antwort der Bevölkerung aufbauen lassen können, doch die Regierung entscheidet lieber von Fall zu Fall. Dass die CSV ihr alle drei Wochen vorhält, „keinen Plan“ zu haben, daran hat sie sich gewöhnt.

Und dabei wird es vermutlich bleiben, bis ein ausreichend großer Teil der Bevölkerung geimpft ist und nach und nach Entwarnung gegeben wird. Es sei denn, die „Varianten“ zwingen noch einmal dazu, streng durchzugreifen. Im Moment sieht es danach nicht aus, obwohl die britische Variante, die vielleicht um 50 Prozent leichter übertragen werden kann, die Covid-Infektionen in Luxemburg mittlerweile dominiert: 56 Prozent der positiv Getesteten hatten sich mit B.1.1.7 angesteckt, so das LNS, das die Virusgenome sequenziert.

Dass die Varianten hier weniger Grund zur Panik sind als in größeren Ländern, ist interessant. Es könnte daran liegen, dass Luxemburg viel sequenziert – im EU-Vergleich macht nur Dänemark noch mehr –, und dadurch früh weiß, ob Risiken lauern. Anders ausgedrückt: Luxemburg hat das Geld, sich ein paar Extras zu leisten. Das *Large-scale testing*, das bisher 100 Millionen Euro gekostet hat, ist ein weiteres. Derzeit wird beraten, welche Schnelltests der Staat kaufen soll, und welche er weiterempfiehlt; gerne solche für den Hausgebrauch, falls sie gut genug sind. Das hört sich alles ziemlich gut an. Es gleicht dem Versprechen der liberalen Regierung vor der Krise, dass alles besser werde. Selbst im Notstand letztes Jahr gab die Regierung gerne das Bild, dass die Normalität nicht weit sei. Das ist die Konstante in einem Jahr Covid.

PANDEMIE

Schneller impfen

Während die erste Phase der Covid-Impfungen von Gesundheits- und Pflegepersonal und Altenheiminsassen zuende geht und die zweite begonnen hat, die sich an über 75-Jährige und „Hochvulnerable“ richtet, hat das Gesundheitsministerium am Mittwoch entschieden, das Impftempo mit dem Astrazeneca-Vakzin zu erhöhen: Von diesem Impfstoff wird nicht mehr generell die zweite Dosis zurückbehalten, sondern nur noch die Hälfte aller zweiten Dosen. Dadurch lässt die Zahl der Erstimpfungen sich um 50 Prozent erhöhen. Mehr als die Hälfte der europäischen Länder gingen schon so vor, sagte Ministerin Paulette Lenert (LSAP) am gestrigen Donnerstag. Das Intervall zwischen Erst- und Zweitimpfung könne bei acht bis zwölf Wochen liegen; Luxemburg setze nun generell zwölf an – im Vertrauen, dass die Lieferung weiterer Vakzine klappt. Und hoffend, dass die Öffentlichkeit versteht, dass nach dieser politischen Entscheidung neue Einladungen zur zweiten Impfung verschickt werden. Sie ersetzen die vorige Einladung, geben also nicht etwa einen dritten Impftermin an (Foto: Sven Becker). pf

Kein Problem mit SMS

In den sozialen Netzwerken kursieren Wortmeldungen von Abonnent/innen von Handy-Verträgen der Post, die ihre Covid-Resultate aus dem *Large-scale testing* nicht per SMS erhalten haben und das auf Probleme bei der Post zurückführen. Die Pressestelle der Post sagte dazu dem *Land* auf Anfrage, weder von dem Labor, das die Analysen vornimmt, noch von einem anderen Akteur des *Large-scale testing* lägen ihr Reklamationen vor. Lediglich eine Person habe mitgeteilt, ihr Testergebnis nicht per SMS erhalten zu haben. Nach Rücksprache mit dem Labor sei das per E-Mail geschehen. pf

P E R S O N A L I E

Jean-Louis Schiltz,

Verwaltungsratspräsident der Hôpitaux Robert Schuman sowie ihrer Trägerstiftung, bemühte sich in einer mehr als einstündigen Pressekonferenz, den in der Öffentlichkeit anhaltenden Eindruck zu zerstreuen, dass er und seine beiden Stellvertreter Michel Wurth und Claude Seywerth Impfdrängler seien. Die zunächst von den HRS verbreitete Begründung, bei der Impfung des „Büros“ des Verwaltungsrats sei es darum gegangen, dessen Mitglieder zu schützen, weil sie zur „gouvernance systémique“ gehören, ergänzte Schiltz um die, dass ein Klinik-Verwaltungsrat strafrechtlich verantwortlich sei, wenn im Haus etwas schiefgehe. Die Impfung habe also dazu gedient, „die Klinik zu sichern“, was auch die Regierung verlange. Gegen Ende der Pressekonferenz räumte er ein, „ich sage nicht, dass wir nichts falsch gemacht hätten“. Die Entscheidung sei jedoch nach bestem Wissen und Gewissen getroffen worden. Er selber habe insistiert, dass die drei Verwaltungsräte erst geimpft

Blog

würden, wenn alle 3 200 dafür in Frage kommenden Mitarbeiter/innen „ein Angebot erhalten“ hätten. Etwas beiläufig erwähnte er, dass in den HRS von dem in der ersten Phase zur Impfung eingeladenen Personal sich lediglich 42 Prozent impfen ließen. pf

P O L I T I K

Liberaler Schlammsschlacht

Nachdem Monica Semedo vor zwei Wochen im *RTL*-Fernsehen erklärt hatte, sie habe ihre Partei schon vor über einem Jahr über die Ermittlungen der Anti-Mobbing-Kommission des EU-Parlaments gegen sie informiert, durfte der einzige nun noch verbleibende EU-Abgeordnete der DP, Charles Goerens, am internationalen Anti-Mobbing-Tag (22. Februar) im *RTL*-Radio seine Hände und die seiner Partei in Unschuld waschen. Er habe zwar schon im Januar 2020 von der kollektiven Krankenschreibung der drei Mitarbeiter Semedos und im März vom Ermittlungsverfahren gegen sie erfahren, mehr aber habe er nicht gewusst. Selbst wenn man davon wusste, habe man eine solche Prozedur aus Respekt vor der Angeklagten innerhalb der eigenen Partei nicht zu thematisieren, sagte Goerens. Auch nachdem Semedo ihm ihre einseitige Sicht der Dinge zu den Vorwürfen geschildert hatte, habe er „gar keine Reaktion als notwendig empfunden“. Schließlich habe sich herausgestellt, dass ihre Version sich nicht mit der des Anti-Mobbing-Gremiums deckt, so der „traurige“ Goerens, der mutmaßt, dass Semedo der DP nun die Verantwortung für die Affäre zuschieben wolle. Die Partei habe aber alles richtig gemacht. ll

S O Z I A L E S

Zwölf Monate Minimum

Ein EU-Staat könne nicht verlangen, dass Arbeitnehmer/innen, die bezahlten Elternurlaub

beantragen, zur Zeit der Geburt ihres Kindes einer bezahlten Beschäftigung nachgingen. Das entschied der EU-Gerichtshof gestern auf Anfrage des Luxemburger Kassationsgerichts. Diesem liegt die Klage einer Luxemburgerin vor, welcher der Elternurlaub von der Zukunftskasse verweigert worden war, weil sie arbeitslos war, als sie im März 2012 Zwillinge zur Welt brachte. Ein halbes Jahr später wurde sie wieder berufstätig und war es auch, als sie im September 2015 Elternurlaub beantragte. Damit erfüllte sie jedoch nur eine der beiden Bedingungen, unter denen in Luxemburg Elternurlaub erteilt wird: mindestens zwölf Monate lange ununterbrochene Beschäftigung vor Antragstellung. Die Forderung nach Berufstätigkeit zur Zeit der Niederkunft dagegen verstößt offensichtlich gegen eine EU-Rahmenvereinbarung. Entscheiden muss das aber das Luxemburger Kassationsgericht. pf

G E S U N D H E I T

Halbzeit am Tisch

Drei der sechs Arbeitsgruppen des *Gesondheitsdësch* haben ihre Arbeit für einen nationalen Gesundheitsplan abgeschlossen. Am Dienstag legten Gesundheitsministerin Paulette Lenert und Sozialminister Romain Schneider (beide LSAP) in ihrer Zwischenbilanz 13 Projekte vor. Für Ärzt/innen und Selbstständige aus anderen Gesundheitsberufen, die sich in Gemeinschaftspraxen zusammenschließen wollen, soll eine neue Gesellschaftsform geschaffen werden. Kommerzielle Gesellschaften mit zivilrechtlicher Ausrichtung sollen den mit der Ausübung des Arztberufs verbundenen ethischen Grundsätzen Rechnung tragen, so Lenert. Bei der Umsetzung der ambulanten Wende konnten die Arbeitsgruppen noch keine Fortschritte erzielen. Zunächst soll eine Bestandsaufnahme des außerklinischen Angebots erstellt werden. Beschlossen wurde am *Gesondheitsdësch* eine Aufwertung der Pflegeberufe durch einen Bachelor-

Abschluss, die Einführung eines Entschädigungsfonds bei medizinischen Fehlern und der Aufbau eines digitalen Registers für Gesundheitsberufe. Der Collège médical soll gestärkt und der Conseil supérieur pour certaines professions de santé reformiert werden. Die restlichen drei Arbeitsgruppen sollen sich am 17. und 24. März sowie am 21. April treffen.

Hüh und Hott

Vor anderhalb Jahren wollte LSAP-Sozialminister Romain Schneider die Bedingungen, unter denen die CNS die Kosten für Psychotherapien erstatten soll, so streng fassen, dass der Staatsrat fand, das untergrabe die gesetzlich festgelegte „Autonomie“ der Therapeut/innen. Am Mittwoch erschien die endgültige großherzogliche Verordnung im Memorial, und dort stehen keinerlei Bedingungen mehr. Details sollen offenbar die Statuten der CNS klären. Auf die Frage des *Land*, ob demnach die CNS entscheiden soll, wann ein „trouble mental“ behandelt wird, wofür sie die Kosten erstattet, hatte das Ministerium bis Redaktionsschluss noch nicht geantwortet. pf

G E S E L L S C H A F T

Gangsta Rap Made Me Do It

Une attaque au couteau contre une jeune femme de vingt ans, perpétrée ce lundi devant l'École européenne au Kirchberg, a relancé le débat médiatique autour de « l'agressivité des jeunes ». Les éditorialistes pressés s'empressent à éditorialiser. Après le meurtre à l'arme blanche d'un lycéen à Bonnevoie, le journaliste *RTL*, Jeannot Ries, avait choisi la solution de la facilité, et pointait du doigt la « Rapper-Zeen » dont les textes « agressifs » célébraient « l'alcool, les cigarettes, l'herbe, ou autrement dit weed ». Pour soutenir son argumentaire, Jeannot Ries cite, sans le nommer, le rappeur Bazooka Brooze : « Gëss de domm, zack, Bluddergoss » (extraite de l'excellent *Chu an da Hood*). Puis

évoque « un éducateur » qui lui aurait dit : « Kuckt ronderëm iech, wéi déi Jonk zum Deel ugedoe sinn. Kuckt de Rapper hir Videoen. » La musique moderne pervertit la jeunesse, on s'en doutait au moins depuis Elvis Presley. Des générations de rockers, de hippies, de punks, de grunges et de rappeurs se sont succédé, mais le disque médiatique n'a pas changé. Sur *RTL-Téllé*, la maire, Lydie Polfer (DP), s'improvisait psychologue et diagnostiquait « eng grouss Bereetschaft vu Gewalttätegkeet », tandis que l'Association générale des professeurs, présidée par le latiniste Daniel Reding, stigmatisait « certains jeunes avec des troubles de comportement » qu'il faudrait mettre dans une « structure d'éducation spécialisée » pour qu'ils ne menacent plus « la grande majorité » des jeunes et des profs. Un streetworker rappelait ce mercredi au *Tageblatt* « l'influence négative de la digitalisation » et notamment « le mega-hype » qui entourerait depuis peu le tranquillisant Xanax. Le lendemain un pédagogue social regrettait que « beaucoup d'adolescents n'ont plus de respect d'une autorité ». Dans de nombreux cas, il y aurait des « Auffälligkeiten » dès l'âge de la crèche : « Ein Vierjähriger, der einen Dreijährigen schubst, ist in gewisser Weise ein Täter, doch oft wird das verniedlicht. » Ces discours ne sont pas anodins. Aux États-Unis des années 1990, ce fut la psychose médiatique et raciste autour des supposés jeunes « superpredators » qui avait préparé le terrain à l'incarcération de masse. Au Luxembourg, Tom Weidig, candidat ADR malheureux aux dernières législatives et proche du député Fred Keup, n'hésitait pas à jouer au pyromane en postant le 1^{er} février sur *Facebook* : « Ween senn dei Märdler? Wat fir Gangs sënn dat? Dem Assellborn seng ACAB Jongen? Sënn et Stacklëtzeburger aus dem Stader Bourgeois Milieu? Oder dem asoziale Milieu? Sënn et Portugiesen? Oder Cap Verdianer? Oder Jugoen? Oder gemescht? [...] » Comme des lemmings, les commentateurs se jetaient au-delà de la limite qui sépare la liberté d'expression de l'incitation à la haine raciale, appelant à créer une « Biergerwier » et à « renvoyer » le « Wouscht », bt



Action ou vérité

Luc Laboulle

Um ihre Krise zu überwinden, muss die CSV sich bis 2023 programmatisch und personell neu aufstellen. Ein Konzept und ein Gegenkandidat zu dem umstrittenen Parteipräsidenten Frank Engel sind bislang nicht in Sicht

Es war schon eine seltene Solidaritätsbekundung, als die CSV-Abgeordneten Gilles Roth und Laurent Mosar am 11. Februar per Prokuration für die abwesenden ADR-Deputierten Fred Keup und Jeff Engelen abstimmten. Wer nun aber eine tiefere Bedeutung dahinter vermutet, der wird enttäuscht. Die CSV habe nur aushelfen wollen, weil die ADR ansonsten ihr Stimmrecht im Parlament nicht hätte ausüben können, erklärt Mosar auf *Land*-Nachfrage. Für jede andere Partei hätte er das auch getan, selbst wenn er gar nicht mit deren Inhalten einverstanden wäre. Daran ändert wohl auch die Tatsache nichts, dass Roth und Keup in derselben Gemeinde wohnen und der Mamer Bürgermeister den *Nee-2015*-Gründer fast in die CSV geholt hätte, bevor dieser sich der ADR anschloss.

Soviel Harmonie wie im Parlament herrscht innerhalb der CSV wahrlich nicht. Der Streit zwischen Parteipräsident Frank Engel und der Fraktion schwelt weiter. Das sagt jedenfalls Engel selbst, der wegen seines Alleingangs in Sachen Steuergerechtigkeit und seinem Beitrag zur populistischen *Pappen*-Diskussion der ADR bei der eigenen Fraktion in Ungnade gefallen ist und beide Male auf deren Druck zurückrudern musste. Sein parteiinterner Widersacher, der Abgeordnete und *Stater* Schöffe Serge Wilmes, der sich 2019 bei der Abstimmung um das Präsidentenamt knapp geschlagen geben musste, hatte Engel vor zwei Wochen in Interviews mit *Reporter* und *RTL* für dessen Exkurse kritisiert und ihm indirekt nahe gelegt, auf dem Kongress am 24. April nicht für ein weiteres Mandat zu kandidieren. Diese Aufforderung weist Engel im Gespräch mit dem *Land* zurück und bekundet seine Absicht, die CSV in das Superwahljahr 2023 führen zu wollen. „Ich hatte bis jetzt nie die Gewohnheit wegzulaufen, wenn es brenzlich wird“, sagt der Parteivorsitzende. Er sehe nicht ein, wieso er sich für seine Bestrebungen, die Partei zu modernisieren und wieder gesellschaftlich relevanter zu machen, entschuldigen sollte. Das sehen nicht alle so. Hinter vorgehaltener Hand wird kritisiert, dass Engel die Partei spalte und die CSV wegen seiner Eskapaden Wähler verliere.

Stimmen in der CSV fordern, dass die gewählten Volksvertreter/innen aus der Fraktion nun in der Partei Verantwortung übernehmen müssten

Ein/e Gegenkandidat/in hat sich bislang nicht hervor getan. Stimmen in der CSV fordern, dass die gewählten Volksvertreter/innen aus der Fraktion nun in der Partei Verantwortung übernehmen müssten. Als Anwärter/innen auf das Präsidentenamt werden Martine Hansen, Gilles Roth und Claude Wiseler gehandelt. Keiner der drei Abgeordneten wollte sich auf *Land*-Nachfrage zu seinen Ambitionen äußern. Auch Serge Wilmes zeigte sich zuletzt noch unentschieden. Obwohl es in höheren Parteispähren inzwischen als unwahrscheinlich gilt, dass Frank Engel eine zweite Kampfabstimmung am 24. April überstehen würde, wäre eine Gegenkandidatur nicht ohne Risiko. Engels Vorschläge zur Steuergerechtigkeit sind bei Teilen der Parteibasis durchaus auf Zustimmung gestoßen. Eine Niederlage gegen den amtierenden Vorsitzenden würde vor allem für eine führende Politikerin wie Fraktionschefin Hansen einen nicht zu unterschätzenden Prestigeverlust bedeuten.



2019 konnte Frank Engel sich knapp gegen Serge Wilmes behaupten

Engels Stellung könnte durch den Gewinn einer Kampfabstimmung wieder gestärkt werden.

ADR-Sprecher Fernand Kartheiser hatte in den vergangenen Wochen den Finger in die Wunde gelegt. Die CSV sei schwach, habe keine Linie und wisse selbst nicht mehr, wofür sie eigentlich noch steht, sagte der Abgeordnete gegenüber *RTL*. Bei wichtigen Entscheidungen sei sie zuletzt zerrissen gewesen, führt Kartheiser im Gespräch mit dem *Land* aus. Innerhalb der CSV gebe es zu viele Strömungen, die die traditionelle katholische Ausrichtung fast vollkommen verdrängt hätten. Beim Referendum 2015 habe die Partei sich lange Zeit nicht auf eine einheitliche Position einigen können. Obwohl sie sich immer wieder auf die katholische Soziallehre berufe, vertrete sie bei Themen wie Schwangerschaftsabbruch oder Sterbehilfe Positionen, die nicht mit dieser Doktrin vereinbar seien.

Konservativ will die CSV seit über 20 Jahren nicht mehr sein. Laut Frank Engel war seine Partei nur konservativ, solange die Gesellschaft es auch war. Das Bündnis aus Monarchie, Kirche und katholischer Presse, mit dessen Hilfe die Rechtspartei sich 1915 an die Macht intrigierte hatte und das über Jahrzehnte die Vormachtstellung der CSV gegenüber Liberalen und Sozialisten zementierte, hat sich längst aufgelöst. Ob diese Desintegration bereits in den 1950-er Jahren begann, wie kürzlich in einem *Forum*-Beitrag zu lesen war, oder ob sie erst später einsetzte, sei dahingestellt. Fakt ist aber, dass seit der Trennung von Kirche und Staat, der Übernahme des Medienhauses Saint-Paul durch den multinationalen Konzern Mediahuis und die schrittweise Entmachtung der Monarchie durch Verfassungsänderungen und Reformen, das CSV-Imperium am Ende ist. Die einzigen Einflussbereiche, über die die Partei noch verfügt, liegen im (privaten) Bildungs-, Sozial-, Pflege- und Gesundheitswesen. Doch selbst dort spielen sogenannte „konservative“ Werte kaum noch eine Rolle. Kartheisers Vorstellung von einer katholisch-konservativen CSV ist nostalgisch verklärt und wird der Partei insgesamt nicht gerecht.

Kartheiser hat aber recht, wenn er eine klar erkennbare Linie bei der CSV vermisst. Manchmal ist selbst die Fraktion gespalten. So etwa im Mai 2020 bei der Diskussion über CETA im Parlament, als Viviane Reding das Freihandelsabkommen über den grünen Klee lobte, während Paul Galles wegen der protestierenden Zivilgesellschaft Gewissensbisse plagten. Schließlich löste die CSV ihr CETA-Dilemma, indem die Fraktion geschlossen den Saal verließ und sich der unbequemen Abstimmung einfach entzog.

Dass die CSV sich seit dem Regierungswechsel 2013 in einer Krise befindet, ist unumstritten. Die Zahlen sprechen für sich. 2018 erzielte sie mit 28,31 Prozent der Stimmen das schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte. Bei der letzten Sonntagsfrage von *Wort* und *RTL* sank sie weiter auf 25,7 Prozent. Diese Verluste alleine am Weggang des Überwältigers Jean-

Claude Juncker festzumachen, reicht inzwischen nicht mehr aus. Das von der CSV über Jahrzehnte praktizierte volksparteiiche Modell, es allen Schichten recht zu machen, indem man steuerliche Anreize für Reiche und Konzerne schafft, um noch mehr Reiche und Konzerne anzuziehen, und die durch hohes Wirtschaftswachstum erzielten staatlichen Mehreinnahmen als Almosen an Mittelschicht und Arme verteilt, ist am internationalen Druck und an seinen nationalen Nebenwirkungen – horrenden Immobilienpreise, wachsende soziale Ungleichheiten, Verkehrsprobleme – gescheitert. Bislang ist es der Partei nicht gelungen, ein neues mehrheitsfähiges Programm zu entwickeln, das sich vom Koalitionsabkommen der blau-rot-grünen Regierung in wesentlichen Punkten unterscheidet.

Neben neuen Ideen fehlt es der CSV aber auch an charismatischem Personal. Claude Wiseler konnte 2018 als Spitzenkandidat die Wähler nicht überzeugen. Seit geraumer Zeit kursieren Gerüchte, dass er sich aus der aktiven Politik zurückziehen wolle, um sich für ein Amt im Staatsrat oder den Verwaltungsratsvorsitz eines staatlich geführten Unternehmens zu bewerben. Eigentlich wäre es für Serge Wilmes jetzt der richtige Zeitpunkt, Verantwortung zu übernehmen. Bei den nächsten Wahlen wird er 41 Jahre alt sein. In dem Alter wurden Jean-Claude Juncker und Xavier Bettel (DP) zum ersten Mal Premierminister. Doch Wilmes will die hauptstädtische CSV erst einmal in die Gemeindewahlen führen.

Tatsächlich ist die Kommunalpolitik der Bereich, in dem die CSV zurzeit die meisten Akzente setzen kann. In der Stadt Luxemburg hat sie, zusammen mit der DP, durch ein geschicktes Manöver ihre langjährige Forderung nach einer erweiterten gesetzlichen Grundlage für den umstrittenen Platzverweis beim grünen Polizeiminister Henri Kox durchsetzen können. In der zweitgrößten Stadt, Esch/Alzette, wo die CSV seit 2017 in einer Koalition mit DP und Grünen den Bürgermeister stellt, will der Schöfferrat mit strengen Auflagen die Ausbreitung von Wohngemeinschaften und möblierten Zimmern stark einschränken, um die unteren Schichten zu vertreiben und so mehr Platz für zahlungskräftige Familien zu schaffen. Beide Beispiele zeigen, dass die CSV durchaus bürgerlich-konservativ sein kann, wenn man sie (mit-)regieren lässt.

Ihr Erfolg auf kommunalpolitischer Ebene birgt aber auch Risiken. Nur sechs der insgesamt 21 CSV-Abgeordneten üben nicht gleichzeitig ein Bürgermeister- oder Schöffenmandat aus. Sollte die im Koalitionsabkommen vereinbarte Mandatstrennung durchgesetzt werden, hätte die CSV wohl am meisten zu verlieren. Gleichzeitig könnte die Mandatstrennung eine Chance für die verpasste personelle Erneuerung in der CSV darstellen. Nur sechs der 21 Abgeordneten sind Frauen, nur vier sind jünger als 50 Jahre. Nicht umsonst wird die Mandatstrennung aktiv von der parteieigenen Jugendorganisation CSJ unterstützt. ●

ZUFALLSGESPRÄCH MIT DEM MANN IN DER EISENBAHN

Tierra y libertad

Ohne sich etwas Böses dabei zu denken, schrieb die Association des amis des Brigades internationales du Luxembourg vor zwei Jahren einen Brief an DP-Premier Xavier Bettel. Sie bat ihn, mit einer Tafel am Denkmal der *Gëlle Fra* an die Spanienkämpfer zu erinnern.

An der *Gëlle Fra* hängen Ehrentafeln der Legionäre beider Weltkriege und der Koreakämpfer. Dass die Spanienkämpfer bisher nicht erwähnt wurden, ist verständlich: Das offizielle Luxemburg war stets auf Seiten der frommen Faschisten und gegen die Brigadisten.

Bei den spanischen Kammerwahlen im Februar 1936 hatte die linke Volksfront 263 Sitze erhalten, die rechte Nationalfront 156. Daraufhin putschte General Francisco Paulino Hermenegildo Teóduo Franco Bahamonde gegen die Regierung. Während ihm Nazi-Deutschland und das faschistische Italien zu Hilfe kamen, eilten Pedro, María, Juan y José aus aller Welt nach Spanien, um die Republik zu verteidigen.

Unter ihnen waren über hundert Brigadisten aus Luxemburg. Es waren kommunistische, anarchistische und trotzkistische Arbeiter. Das sind nicht die üblichen Partygäste des Premierministers. Deshalb ließ er das Gesuch erst Staub ansetzen und reichte es dann an das Comité pour la mémoire de la Deuxième Guerre mondiale weiter.

Das Komitee soll Jean-Claude Junckers Bemühen vollenden, die Täter und Opfer der Kriegszeit zu einer nationalen Morität zu verquirlen. Mit dem Artuso-Bericht unter dem Arm ernannte Xavier Bettel alle zu Opfern: die Widerstandskämpfer, die Zwangsrekrutierten, die Juden, die Kollaborateure und, wie immer, auch sich selbst. Im Land der Opfer sollte die Idee von Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse jede historische Vorstellungskraft übersteigen.

Auf eine parlamentarische Anfrage hin erklärte Xavier Bettel am 17. Dezember: „[L]e Gouvernement s’aligne sur l’avis et les recommandations du bureau exécutif“ des Komitees. Dieser „suggère de ne pas apposer de plaque supplémentaire sur la „Gëlle Fra““. Das passte dem Premier. Andererseits wollte er, dass endlich Ruhe wird.

Er erinnerte sich an die irischen Referenden über den Lissabon-Vertrag. Am 12. Februar teilte er mit, die Regierung habe „ressaisi en date du 10 février dernier le Comité“. Im zweiten Anlauf sei dessen Antwort „affirmative par rapport aux deux questions précitées“. Hatte das Komitee seine Meinung aus Opportunismus oder Unfähigkeit geändert? Dazu schwieg der Regierungschef und gab eine Gedenktafel in Auftrag.

Die Spanienkämpfer waren kommunistische, anarchistische und trotzkistische Arbeiter, nicht gerade die üblichen Partygäste des Premierministers

Am 8. April 1937 verabschiedete das Parlament die „loi destinée à empêcher la participation d’étrangers à la guerre civile d’Espagne“. In der Parlamentsakte liegt auch das *Reichsgesetzblatt* mit Hitlers „Gesetz zur Verhinderung der Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg vom 18. Februar 1937“. Nach dem Krieg erklärte der UN-Sicherheitsrat am 29. April 1946 „the unanimous moral condemnation of the Franco régime“. Zur gleichen Zeit paraphierten Belgien und Luxemburg ein Handelsabkommen mit dem Franco-Regime über Stahl, Wein, Handschuhleder und desgleichen.

Noch heute werden die Internationalen Brigaden aus der rechten Ecke beschimpft, von den Erbverwahrern der Zwangsrekrutierten über ADR-Ultras bis hin zu *Tageblatt*-Leitartiklern. Die Brigadisten waren keine Patrioten und keine Monarchisten. Sie waren Internationalisten und Republikaner. Sie kämpften nicht dafür, dass die Pfarrer sonntags den Landarbeitern predigten, Großgrundbesitzer in die Cortes zu wählen, sondern für „tierra y libertad“: für Landreformen und die Kollektivierung der Industrie. Ihre Vorbilder hießen nicht Großherzogin oder Muttergottes, sondern Buenaventura Durruti und Dolores Ibárruri.

„No pasarán!“ blieb ein Traum. Sie haben den Bürgerkrieg verloren. Nun werden sie mit den Verteidigern Syngman Rhees an einem patriotischen Denkmal aufgeführt. Das hätten die Weitsichtigeren unter ihnen als zweite Niederlage empfunden. ● Romain Hilgert



Jean Schmit aus Düdelingen (rechts) war Artillerie-

Sergeant. Er fiel 1938 in der Estremadura. Aus: Henri

Wehenkel, D'Spueniekämpfer, CDMH 1997

Mélange des genres

Milica Čubrilo

L’élection du nouveau patriarche serbe rappelle les liens entre religion et politique dans ce pays candidat à l’Union européenne



Le patriarche Porphyre lors de son élection vendredi dernier

Les cloches de la cathédrale du Saint-Archange Michel de Belgrade ont sonné à 11 heures 25 ce vendredi 19 février. Le 46e chef de l’Église orthodoxe serbe, Sa Sainteté Porphyre, a revêtu le couvre-chef traditionnel, un klobouk blanc. Il a ainsi été intronisé patriarche serbe, archevêque de Pec et métropolite de Belgrade et de Karlovci. Comme attendu, il s’agit d’un favori de l’homme fort de Belgrade, le président Aleksandar Vučić. Au vu de la puissance de l’Église et de l’étendue de son influence auprès de la population serbe, il était pour lui crucial que le nouveau chef soit un proche, susceptible de s’aligner sur ses positions. Aussi a-t-il personnellement fait campagne en rendant visite à de nombreux évêques, se servant des médias au service du régime, tandis que dans les tabloids, également à la baguette, des aboyeurs comme Vojislav Šešelj, l’ultranationaliste chef du Parti radical (SRS), par ailleurs condamné pour crimes de guerre, était chargé de fustiger les « traîtres ». Une de leurs cibles favo-

Pour Belgrade, il est important que l’Église fasse preuve de « flexibilité » sur la question du Kosovo

rites a été l’évêque de Düsseldorf et de toute l’Allemagne, Grigorije Durić, la figure la plus libérale de l’Église, ouvertement critique du régime autoritaire en place, très engagé dans le dialogue œcuménique. Ce dernier recueille les faveurs de l’intelligentsia serbe, bien au-delà des rangs des croyants. « Si tous les patriarches serbes ont été nommés avec la bénédiction de l’État, jamais le pouvoir politique ne s’est permis de s’immiscer à ce point dans les affaires de l’Église », estime Rodoljub Kubat, professeur titulaire de la chaire d’études de l’Ancien Testament, récemment mis à la porte de la Faculté de théologie de Belgrade pour avoir demandé que la justice statue sur des accusations d’abus sexuels portées contre l’un de ses collègues.

En accord avec la Constitution de l’Église orthodoxe serbe, les 43 évêques devaient voter jusqu’à ce que trois d’entre eux recueillent la moitié des voix plus une. Les enveloppes contenant les noms des trois finalistes devaient ensuite être placées dans la Bible et un moine, en l’occurrence Matej, du monastère de Sisojevac, devait tirer au sort, guidé, dit-on, par le Saint-Esprit. Officiellement, Porphyre est arrivé en tête avec 31 voix, devant son mentor Irinée Bulović, évêque de Bačka, qui a obtenu trente voix, et l’évêque de Banja Luka, Jefrem, qui a obtenu 24 voix. Les candidats de l’« opposition », l’évêque de Budva et Nikšić, Joanikije, et le métropolite de toute l’Allemagne Grigorije, ont obtenu 17 voix chacun. L’évêque Maxim qui leur est proche, était hospitalisé, infecté par le Covid 19.

Passé sulfureux

« Les dés étaient jetés d’avance. Le scénario avait été pensé jusqu’au moindre détail », affirme un membre de l’Église qui souhaite garder l’anonymat. « Le pouvoir s’est assuré que les trois candidats soient proches du régime, sachant que le plus acceptable est bien Porphyre. Les voix de certains évêques neutres ou indécis ont été achetées, et on en a fait chanter d’autres qui sont compromis », affirme la même source. C’est ainsi le courant du puissant Irinée Bulovic qui a gagné, le père spirituel de Porphyre, connu pour ses positions rétrogrades sur de nombreux sujets et des soupçons de malversations financières qui pèsent sur lui ainsi que sur ses proches. Certains d’entre eux sont aussi accusés d’attouchements sexuels. Ces figures controversées avaient du reste été écartées de l’Église ou du moins marginalisées par feu le patriarche Irinej.

Le nouveau Patriarche a vu le jour à Bečej, en Voïvodine, le 22 juillet 1961, sous le prénom de Prvoslav. Il va à l’école primaire à Čurug, puis

fait des études secondaires à Novi Sad, avant d’être tonsuré moine en 1985, au monastère de Vosiki Decani, au Kosovo, par ... Irinée Bulovic. Diplômé de la Faculté de théologie orthodoxe de Belgrade en 1986, il a suivi des études de troisième cycle à Athènes, puis sur la bénédiction d’Irinée, il rejoint en 1990 le monastère des Saints Archanges à Kovilj, près de Novi Sad, dont il est devenu l’abbé. De nombreux jeunes moines et novices sont venus au monastère à sa suite. Ce sont les années où le monastère de Kovilj est devenu un centre spirituel pour de nombreux jeunes déstabilisés notamment par la guerre et ses ravages : intellectuels, artistes, acteurs populaires et musiciens de rock, en particulier de Novi Sad et de Belgrade. Il s’est alors particulièrement engagé dans les soins des toxicomanes, et des victimes des sectes. Son ascension sera exponentielle à partir de 2010. D’aucun diraient en parallèle avec celle de Vučić, dont la mère est née dans la même petite ville de Bečej. En 2014, il obtient le trône de métropolite de Zagreb et Ljubljana, encore une fois avec le soutien d’Irinée Bulović. Excellent communicant, il saura y obtenir de très bons résultats et gagner le cœur des croates, pourtant à majorité catholiques. « Mon souhait est de construire des ponts entre les hommes », répétait-il. D’ailleurs, il est considéré comme à priori très favorable à la poursuite du rapprochement de l’Église serbe orthodoxe avec le Vatican. « Il est plus que probable que le nouveau Patriarche sera l’hôte du Pape François à Belgrade si ce dernier continue à agir de la même manière que jusqu’à présent, notamment en rendant hommage aux victimes serbes du génocide perpétré par les oustachis de l’État indépendant croate », estime Zoran Jovanović, professeur d’histoire de l’Église catholique à Belgrade.

L’épineuse question du Kosovo

L’enjeu le plus important est cependant la question du Kosovo. Pour le sommet du pouvoir à Belgrade, il est important que l’Église fasse preuve de « flexibilité », alors que les puissances occidentales pressent la résolution du problème. Or, le président Vučić, en accord avec l’ancien président du Kosovo Hashim Thaçi, aujourd’hui accusé par le tribunal de la Haye de crimes de guerre et de crimes contre l’humanité, et soutenu par l’ancien président américain Trump, mais aussi par Paris, s’est dit favorable à un partage territorial et un échange de territoires. Une idée contre laquelle le Saint-Synode a voté en 2018, estimant que cela mettrait en danger la population serbe et la préservation du patrimoine orthodoxe. Le nouveau Patriarche Porphyre est considéré comme flexible sur le dossier. Ayant conscience que la question est posée, il n’a pas

manqué de se prononcer lors de son intronisation. « Le Kosovo est notre serment, c’est notre mythe, notre cordon ombilical avec le berceau spirituel et culturel, l’essence de notre identité », a-t-il déclaré. Mais personne n’a pu y voir un positionnement clair par rapport à la déclaration d’indépendance du Kosovo, ni à propos de l’idée d’un échange territorial... « Il n’y a aucun doute qu’il est question d’un homme qui sera un bon partenaire du pouvoir, quelle que soit la stratégie pour laquelle le président Vučić optera », estime Slobodan Sandzakov, sociologue des religions.

Une autre problématique que l’Église orthodoxe serbe devra gérer est celle du positionnement par rapport à l’Église autocéphale d’Ukraine et le soutien que lui a apporté le patriarcat œcuménique de Constantinople. Si elle est plutôt alignée sur les positions de Moscou, qui s’oppose à l’Ukraine, elle a su conserver jusqu’à ce jour un certain point d’équilibre. Saura-t-elle le maintenir, sachant que c’est dans l’intérêt du président Vučić, qui n’hésite pas à promettre la marche vers l’UE, tout en entretenant des relations étroites avec avec la Russie et la Chine ? Certaines des chancelleries occidentales qui se réjouissent de l’élection du Patriarche veulent y croire, sachant que Porphyre a fait de hautes études en Grèce et est, pour cette raison, plutôt favorable à une distance cordiale par rapport à Moscou. Mais ce n’est pas forcément du goût de son mentor. On en conclut que la question est de savoir si le Patriarche (ou le disciple) Porphyre saura prendre ses distances par rapport au « père » Irinée. Saura-t-il faire oublier aux croyants qui n’ont pas apprécié sa défense du « père » lorsque celui-ci a fustigé « la fausse élite culturelle et intellectuelle », opposée aux « vrais intellectuels orthodoxes », dans l’homélie qu’il a prononcé aux obsèques du patriarche Irinée en novembre dernier. Pourra-t-il œuvrer à la réconciliation des courants ? Pour les évêques considérés comme « l’opposition », il est essentiel que les institutions de l’Église soient à nouveau respectées et que celle-ci ne prenne pas ses ordres de manière aussi directe du sommet du pouvoir. Il y aura vite des indications sur la manière dont le fin Porphyre compte mener sa mission. Il a d’ores et déjà indiqué qu’il « n’allait pas s’engager sur les chemins des querelles politiciennes », mais qu’au contraire il s’engagera à « suivre la mission spirituelle de réunir et unifier, d’être au service de l’unité et de la paix ». Un vœu sincère ou les préparatifs pour embrasser afin de mieux étouffer ? On aura une partie de la réponse lors de la prochaine réunion du Saint-Synode, prévue en mai prochain. Le président Vučić se fera-t-il inviter, comme en 2019, lorsqu’il s’est adressé aux prélats comme un maître d’école, grondant les évêques qui s’opposaient à sa politique ? ●

CHRONIQUES DE LA COUR

Question de gros sous

Dominique Seytre

La Cour des comptes de l’UE est satisfaite. Le procès qu’elle a intenté à l’un de ses anciens membres, le Belge Karel Pinxten, est en bonne voie car l’avocat général a proposé à la Cour de justice de lui retirer les deux tiers de sa retraite. Karel Pinxten a été en fonction de 2006 à 2018. Il avait été directement affecté à la chambre III de la Cour, celle qui nécessite de nombreuses missions lointaines puisqu’elle audite les dépenses de l’UE dans ses volets « relations extérieures, élargissement et aide humanitaire ». Les membres de cette chambre voyagent donc beaucoup. Mais trop c’est trop. A partir de 2016 (certains diront « seulement à partir de 2016 »), la Cour des comptes a des soupçons. L’office de lutte antifraude de l’UE, l’Olaf, ouvre une enquête. Dans son rapport sorti en 2018, il ressort que Karel Pinxten aurait déclaré 332 missions alors que celles-ci recouvraient en fait des activités privées. Sont épinglés des séjours à Crans-Montana ou à Cuba, des parties de chasse à Chambord et à Ciergnon, des mariages ou des réceptions entre amis. S’ajoutent d’autres accusations : utilisation de voitures de fonction et recours à des chauffeurs sans raisons professionnelles, usage illégal de cartes de carburant détaxé ; activités de gérance commerciale et politiques jugées incompatibles avec son statut. En 2014, il aurait proposé à Federica Mogherini la location d’un appartement en ne faisant quasiment aucune référence à son mandat auprès de la Cour des comptes, alors que sa

chambre auditaient les services de la Haute représentante de l’UE pour les Affaires étrangères.

L’Olaf avait évalué les fraudes à 473 000 euros, auxquels s’ajoutaient 98 000 euros correspondant à des rémunérations pour des jours non prestés et ne tombant pas dans les jours de congés. La Cour des comptes prend acte mais dit ne pas vouloir prendre de risques. Elle ne réclame que 153 407 euros à l’indélicat. Ses juristes estiment avoir pour cette somme seulement une base juridique suffisamment solide pour la recouvrer. Elle attend en revanche beaucoup de la sanction proposée par l’avocat général Gerard Hogan le quel, en raison du caractère « éhonté » des faits qui sont reprochés au Belge, voudrait que les deux tiers du montant de sa retraite lui soient supprimés. Gerard Hogan n’hésite pas à élever le débat, à parler du contexte actuel de remise en cause de la légitimité de l’UE, « de ses institutions et de ses personnes » et à se référer à Montesquieu lorsqu’il assène que « tous les titulaires de charges publiques sont enclins à abuser de leurs pouvoirs et qu’ils continueront de le faire tant qu’ils ne rencontreront pas de limite ». Le dossier contiendrait 25 000 pages d’annexes. Preuve que la Cour des comptes veut faire de l’affaire Pinxten un exemple. Il y va de sa réputation. Preuve aussi que son ancien membre se défend. Ses objections sont nombreuses. Son avocate est tenace.

Est envisagé de frapper les grands serveurs de l’UE au portefeuille pour pallier leur éventuel manque de conscience professionnelle

En 2006, lors du procès de l’ancienne commissaire européenne française, Edith Cresson, accusée de favoritisme - la seule affaire comparable selon Hogan - la suppression de sa retraite demandée par un avocat général n’avait pas été confirmée par la Cour de justice. Frapper les grands serveurs de l’UE au portefeuille pour pallier leur éventuel manque de conscience professionnelle et morale, est-ce une bonne idée ? Certains le pensent. D’autant que les retraites sont confortables. Les membres de la Cour des comptes, les commissaires européens, les juges et les avocats généraux de la Cour de justice constituent une catégorie à part, qu’un règlement de 2006 qualifie « de titulaires de charges publiques de haut niveau ». Ce

texte fixe leurs nombreuses allocations et autres indemnités, ainsi que leur retraite dont une association française a déjà dénoncé le caractère non contributif. Avec un taux d’accumulation pension de 3,6 pour cent par année de fonction, après environ un peu plus de 19 ans et quatre mois de service, ils obtiennent le maximum de ce qu’ils peuvent toucher soit 70 pour cent de leur dernière rémunération. Celle-ci correspond à 108 pour cent - voire 138 pour cent pour les présidents des institutions - du traitement de base d’un fonctionnaire de l’Union le plus haut gradé, soit à ce jour 20 768,57 euros. Reste à savoir si la Cour de justice va envisager cette sanction. Elle connaît pourtant le sujet. Chez elle aussi, les missions qui n’en sont pas, le recours à des chauffeurs pour usage privé sont des pratiques avérées. Depuis des années et pour éviter ces abus, le Parlement européen lui demande de mettre sur son site les missions des juges, leur lieu et date et les dépenses y afférentes. La Cour de justice a toujours refusé, affichant à la place un ersatz d’information. Pourtant l’exemple pourrait venir de Bruxelles. Au cours de la présidence Juncker, et depuis 2018, sur le site de la Commission européenne, à la rubrique *Transparency* de la page de chaque commissaire européen, sont consignés leur mission, les frais de transports, d’hôtel et de bouche, les allocations journalières et autres dépenses. La Cour des comptes s’y est mise aussi, modestement. On ne sait ce qui retient la Cour de justice d’en faire autant. ●

ROUMANIE

La bataille du gaz

Mirel Bran, Bucarest

C'est un chantier impressionnant prêt à être achevé cette année pour un prix de 9,5 milliards d'euros, mais il est sommé de fermer ses portes avant de les ouvrir. Nord Stream 2, le gazoduc cher aux Russes de Gazprom, sème la zizanie au sein de l'alliance atlantique. À première vue, Nord Stream 2 est un bijou technologique : 1 200 kilomètres de tuyaux implantés au fond de la mer Baltique pour acheminer 55 milliards de mètres cubes de gaz par an depuis les entrailles de la Russie jusqu'en Allemagne. De quoi satisfaire une bonne partie des besoins énergétiques de l'Union européenne selon les autorités allemandes.

Nord Stream 2 est une aubaine pour l'Allemagne qui sort progressivement du nucléaire et entame la fermeture de ses centrales à charbon. La chancelière Angela Merkel compte sur le gaz russe pour réussir la transition énergétique de son pays. Ce n'est pas un hasard si son prédécesseur Gerhard Schröder se retrouve à la direction du projet. Pourtant ce conte de fée russo-allemand ne fait pas l'unanimité en Europe et provoque l'ire des États-Unis.

En Europe de l'Est où la peur de la Russie est toujours présente depuis la chute du mur, on souhaite une politique européenne commune en ce qui concerne l'énergie. La Roumanie et la Pologne, qui ont en mémoire l'emprise de l'ancienne Union soviétique, accusent la Russie de vouloir renforcer sa mainmise gazière sur l'UE. À Bucarest et à Varsovie le projet Nord Stream 2 est considéré comme une mesure de rétorsion politique prise par le président russe Vladimir Poutine contre l'Ukraine.

La bataille du gaz sème la zizanie dans l'alliance atlantique

À l'est de l'Europe la géographie est souvent synonyme de géopolitique. « Quand on vit au bord de la mer Noire on n'a pas la même vision de la vie que quand on vit au bord de l'océan Atlantique », a déclaré l'ex-président roumain pro-américain Traian Basescu qui a largement ouvert les portes des bases militaires roumaines à l'US Army. « Si nous avons un problème de défense dans notre zone géographique, nous avons besoin d'un partenaire solide, et le seul sur lequel on puisse compter sont les États-Unis. » La Roumanie possède quatre bases militaires et un bouclier antimissiles américains qui assurent la défense d'un pays obsédé par la menace russe.

L'US Army n'a pas choisi la Roumanie par un coup de cœur. D'une part, ce pays situé aux confins orientaux de l'UE lui assure une position stratégique sur la mer Noire qui lui permet de garder l'œil sur la Russie mais aussi sur les alliés turcs devenus imprévisibles. D'autre part, la Roumanie présente un autre avantage. À environ 170 kilomètres au large des

côtes roumaines de la mer Noire les spécialistes de la société américaine Exxon Mobil ont découvert en 2012 une réserve de 84 milliards de mètres cubes de gaz. Les prospections ont continué et la Roumanie compte actuellement sur 200 milliards de mètres cubes de gaz dans la mer Noire.

En septembre 2020, la Roumanie a démarré des travaux pour acheminer le gaz de la mer Noire grâce à un investissement de 500 millions d'euros effectué par le fond d'investissements Carlyle Group auquel s'est associée la Banque européenne pour la reconstruction et le développement (BERD). « La Russie cherche à dominer et à contrôler les marchés de l'énergie de l'Europe centrale à travers les infrastructures », a déclaré l'ambassadeur américain en Roumanie Adrian Zuckerman à cette occasion. « Moscou se sert du gaz pour faire du chantage auprès des gouvernements fragiles. La Russie séduit les politiciens avarés et produit des oligarques milliardaires. »

N'étant pas dépendante du gaz russe, la Roumanie entend rester ancrée dans l'Europe occidentale et privilégie la relation avec les États-Unis. Aujourd'hui, la Roumanie est le troisième pays producteur de gaz en Europe après les Pays-Bas et la Grande-Bretagne, et fait les démarches pour devenir exportatrice. Bucarest compte non seulement sur le soutien des États-Unis mais aussi sur l'implication de l'UE dans ses projets énergétiques. En 2016, la Commission européenne et les ministres de l'Énergie de la Roumanie, de la Hongrie, de la Bulgarie et de l'Autriche ont signé un accord de coopération régionale pour la construction du

Une navire Gazprom prépare le déploiement des tuyaux du gazoduc Nordstream 2



gazoduc BRUA conçu afin de renforcer l'indépendance énergétique de l'Europe. Le coût total du projet est estimé à 478 millions d'euros dont 180 millions ont été déboursés par Bruxelles.

La Roumanie, petit pays situé aux confins orientaux de l'UE, se positionne comme une alternative au gaz livré par Moscou et compte sur le soutien de Washington et de Bruxelles pour mener à bien ses projets énergétiques. Le 24 janvier, le navire russe Fortuna est reparti dans les eaux danoises pour installer les

derniers tuyaux de Nord Stream 2. En même temps, la Roumanie est en train d'achever son propre projet énergétique dans les eaux de la mer Noire. « Du point de vue des ressources en gaz, la Roumanie est une île de liberté entourée par une mer nommée Gazprom », a déclaré l'ambassadeur américain Adrian Zuckerman. « Nous sommes fiers de soutenir ce bastion contre les tentacules de la Russie qui s'étendent jusqu'en Ukraine, en Moldavie, en Hongrie, en Serbie, en Bulgarie, en Grèce et en Turquie. » La bataille du gaz ne fait que commencer. ●

ÖSTERREICH

Türkise Nervosität

Irmgard Rieger, Graz

Es sind keine guten Zeiten für die türkise Regierungsriege in Wien. Arbeitsministerin Christine Aschbacher muss nach dem Verdacht, ihre Diplom- sowie ihre Doktorarbeit weitgehend abgeschrieben zu haben, ihren Sessel räumen. Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck versenkt Hunderttausende in einem Projekt mit dem schönen Namen „Kaufhaus Österreich“ – zur rotweißbroten Alternative zu Amazon & Co. stilisiert und krachend gescheitert. Der Innenminister versagt in der Terrorismusbekämpfung – ihm untergeordnete Behörden verschlammten Hinweise auf den Täter des Terroranschlags in Wien vom 3. November und wurden nicht aktiv. Bei Finanzminister Gernot Blümel findet eine Hausdurchsuchung statt: Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft WKStA möchte Unterlagen und Chatverläufe genauer anschauen, die eine irritierende Nähe des Politikers zur Geschäftsführung eines Glücksspielkonzerns nahelegen.

Es läuft nicht ganz rund für die Kanzlerpartei nach gut einem Jahr ÖVP-Grüne-Regierung. Dabei gibt sich Kanzler-Intimus Blümel ostentativ gelassen: Er sei „froh“ über die baldige Einnahme durch die WKStA, erklärte er Mitte der Woche, schließlich gebe sie ihm Gelegenheit, alle Vorwürfe aufzuklären. Die Behörde ermittelt gegen den Minister wegen Bestechlichkeit: Es wird illegale Parteienfinanzierung durch den Glücksspielkonzern Novomatic vermutet. Das legen Chatverläufe zwischen Blümel und dem damaligen Leiter des Konzerns nahe, die auf dem Handy des Ministers gefunden wurden: Der Geschäftsführer schreibt eine Nachricht an den damals in der Wiener ÖVP tätigen Blümel, in der eine mögliche Spende und die Bitte um einen Termin beim damaligen Außenminister Sebastian Kurz wegen eines Finanzproblems in einem Atemzug genannt werden.

Das Interesse der WKStA an Blümels Handy ist dabei im Zuge der Ermittlungen in der „Ibiza-Affäre“ um Heinz-Christian Strache entstanden, die 2019 zum Bruch der schwarzblauen Koalition und zum Absturz des einstigen Freiheitlichen-Chefs geführt hatten. Denn im Un-

Verwirrende Vorkommnisse um Aktenvernichtung, Interventionen und Anschuldigungen bringen Nervosität in Kanzler Kurz' Entourage

tersuchungsausschuss zur Affäre hatte Blümel im vergangenen Juni noch erklärt, sich an keine Zusammenhänge zwischen Spendenangeboten und anderweitigen Bitten von Unternehmen erinnern zu können. In der gleichen Befragung gab Blümel auch auf die Frage nach einem Laptop als Arbeitsgerät zu Protokoll: „Ich glaube, ich habe gar keinen gehabt.“ Hier wittert die Opposition nun eine Falschaussage – denn es sind Bilder aufgetaucht, die in der dem „Ibiza-Skandal“ nachgereihten Schredder-Affäre eine Wende bringen könnten. Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Videos, das rasch einen möglichen Koalitionsbruch und daher eine Auflösung der damaligen Regierung nahelegte, ließ ein Mitarbeiter persönlich Festplatten aus dem Kanzleramt schreddern – der ungewöhnliche Vorgang flog nur auf, weil der Mitarbeiter die Rechnung nicht bezahlte. Zunächst war von Druckerfestplatten die Rede – jetzt aber legen Fotos nahe, dass unter den fünf zu Staub zermahlenden Stücken auch zwei Festplatten aus bestimmten Notebooks stammten; ein baugleiches Gerät nutzte wohl Blümel, auch wenn er sich nicht erinnern wollte.

Sehr klare Erinnerungen hatte jedoch Christina Jilek. Die Staatsanwältin leitete die Untersuchungen der WKStA in der „Ibiza-Affäre“. Über Monate durchforstete sie dazu die Mobiltelefone von Strache und von ÖVP-Spitzenpolitikern, von Novomatic-Managern und anderen sowie deren Mit- und Mitarbeitern. Im Untersuchungsausschuss sagte sie nun, sie sei bei ihrer Tätigkeit permanent diszipliniert worden, ungewöhnliche und ständige Berichtspflichten hätten es ihr unmöglich gemacht, ihre eigentliche Arbeit fortzuführen. Entnervt warf sie im Herbst hin und ließ sich von ihrer Aufgabe in der Korruptionsbekämpfung entbinden. Die verwirrenden Vorkommnisse um Akten- und Datenvernichtung, Interventionen und Anschuldigungen bringen nun offenbar Nervosität in des Kanzlers Entourage.

Gute Gründe für die Grünen als Juniorpartner in der Koalition, Flagge zu zeigen. Erstmals in Regierungsverantwortung, konnte die Partei, die Menschenrechte, Umweltschutz und Anti-Korruption als Schwerpunkte in der politischen Agenda führt, ihre Pflöcke bislang nicht einschlagen und wirkt mitunter wie ihre eigene Gefangene: Um mitten in der Corona-Krise keinen Bruch der Koalition zu riskieren, haben Vizekanzler Werner Kogler und seine Mitstreiter bisher schier Undenkbares geschluckt. Vor allem in der Haltung des Regierungspartners gegen Flüchtlinge setzten sie sich damit heftigen Vorwürfen innerhalb der eigenen Anhängerschaft aus. Ihr Aufruf, wenigstens Kinder und Familien aus den humanitär katastrophalen griechischen Lagern aufzunehmen, scheiterte am kategorischen „Njet“ der Kanzlerpartei. Die Grünen riskierten auch keinen Koalitionsbruch, als Innenminister Nehammer, offensichtlich willens, einen weiteren Schaukampf zur „Abschreckung“ von Asylwerbern auszufechten, frühmorgens mit großem Polizeiaufgebot Familien mit Kindern vor laufenden Kameras zur Abschiebung abholen ließ. Immerhin provozierte die Partei den großen Partner mit der Aufforderung, eine Härtefall-Kommission einzusetzen, um Kinderrechte zu prüfen.

Die Vorgänge um die WKStA – gegen die Kanzler Kurz seit Monaten in Hintergrundgesprächen und Nebensätzen eine Diffamierungskampagne reitet – und die damit verbundenen Untersuchungen spielen sich nun auf ureigenem grünen Terrain ab. Das Justizministerium liegt in grünen Händen, während der Babypause von

Ministerin Alma Zadic ist Vizekanzler Kogler selbst für das Ressort zuständig. Mit der Ankündigung, schnellstmöglich eine weisungsfreie oberste Staatsanwaltschaft einzusetzen, hat Kogler einen ersten Schritt getan, den Kampf des Kanzlers gegen die Judikative als solchen zumindest offenzulegen. ●



Le Grand-Duc et le constitutionnaliste

« Je l'écris comme je le pense. La réforme est bienvenue. Le chef de l'État gagne à trouver, non dans des pratiques accréditées par l'usage, mais dans des règles établies (...), les dispositions qui indiquent avec précision les concours dont il peut et doit bénéficier dans l'exercice de ses fonctions », écrit le professeur de droit constitutionnel belge et ancien sénateur Francis Delpérée au sujet de l'arrêté grand-ducal du 9 octobre 2020 créant la Maison du Grand-Duc. Dans cet article de doctrine parue dans la dernière édition de la *Revue luxembourgeoise de droit public* (dont le rédacteur en chef est Marc Theves, conseiller d'État), le constitutionnaliste constate notamment que ces nouvelles règles « complètent le système institutionnel plus qu'elles ne le modifient », mais n'affectent pas « la marge d'autonomie que le Grand-Duc est en droit de revendiquer ». Francis Delpérée rappelle au passage que le Grand-Duc exerce ses fonctions avec le concours d'un ministère « selon la formule le pouvoir exécutif est un » et n'emprunte pas l'image d'un aigle à deux têtes. Le professeur de droit à l'université catholique de Louvain cite un autre juriste reconverti dans la politique et aujourd'hui conseiller d'État (sur le ticket socialiste), Alex Bodry. « Si un désaccord devait survenir entre eux, c'est la volonté exprimée par le membre du gouvernement qui prévaudrait. »

Le Grand-Duc (en visite mercredi auprès de Cargolux, photo : sb) campe un rôle de conseiller singulier auprès des membres du gouvernement. « Il communiquera les observations, voire les objections, qu'il est enclin à émettre à propos d'une décision en projet », mais des interventions qui sont devenues « inhabituelles », commente Francis Delpérée. Dans leur éventualité, il faut au chef d'État disposer d'informations fiables sur l'état de la société, prodiguées par du personnel de confiance. « La Maison du Grand-Duc trouve ici sa justification. » Ces collaborateurs, précise-t-il encore, devraient suivre un code de déontologie, notamment « servir leur patron et personne d'autre ». Le constitutionnaliste préconise la confidentialité dans les relations de la Cour, du gouvernement et de ses collaborateurs, mais aussi la transparence, « notamment l'utilisation des moyens financiers qui sont mis à la disposition du Grand-Duc et de sa Maison ».

L'arrêté grand-ducal demande la publication d'un rapport annuel.

Pour l'ancien sénateur belge, les collaborateurs ne doivent pas se poser en courtisans, mais en experts à même de « démêler sur place l'écheveau complexe que composent les affaires dites professionnelles et les affaires relevant de la vie privée du chef de l'État et de son entourage ». Tiens donc. Francis Delpérée considère que la réforme réalisée redessine « les rôles et les moyens de chacun » et « contribue à apaiser les tensions qui avaient pu apparaître ».

Mais il ne cite jamais l'épouse du chef de l'État (qui peut d'ailleurs être un époux le cas échéant) dans une contribution de neuf pages qu'il conclut ainsi : « L'avenir est désormais dans les mains – non seulement du Grand-Duc et du Premier ministre – mais aussi dans celles du Maréchal de la Cour, des membres du gouvernement et de ceux qui, à un titre ou à un autre, les assistent ». Pourquoi l'époux ou l'épouse du chef de l'État n'est pas mentionné dans les textes, demande-t-on à Francis Delpérée. Le spécialiste répond que la constitution « organise l'exercice de l'autorité en définissant des parcelles

de pouvoir » et que l'épouse du Grand-Duc n'en est pas dotée « au même titre que celle du magistrat ou du général ». Francis Delpérée précise en outre que le terme de Grande-Duchesse, à l'instar de celui de Reine en Belgique, est équivoque dans la mesure où celle-ci bénéficie du titre en tant que cheffe de l'État ou en tant qu'épouse alors que l'époux d'une Grande-Duchesse cheffe d'État est qualifié de prince. Enfin, l'arrêté grand-ducal du 9 octobre reconnaît son existence parmi les « membres de la famille » du chef de l'État qui occupent un rôle dans la Maison du Grand-Duc.

Alex Bodry s'est récemment fendu d'un tweet ravageur à ce sujet (suite à la parution d'un entretien du couple grand-ducal accordé à *Paris Match* dans lequel Maria Teresa se dit victime de « misogynie ») : « Si jamais la monarchie tombe un jour, elle ne s'effondrera point à la suite d'attaques venues de ses adversaires, mais par épuisement, affaiblie et déstabilisée par ses propres faux pas et contradictions. » Le sage de Dudelange a également commenté la parution de l'article de doctrine sur Twitter. « Si

M. Delpérée avait eu connaissance du texte de la proposition de révision de la Constitution déposée en 2020, son analyse aurait pu être complète. Dommage. »

Le juriste belge propose d'amender une constitution luxembourgeoise obsolète pour y instituer la maison du Grand-Duc (instaurée par arrêté), mais aussi pour y inclure les prolongements normatifs, « d'indiquer de manière claire la voie à suivre ! ». L'article 43 de la Constitution instaure par exemple la « liste civile » d'un montant de 300 000 francs-or « qui peut être changé au commencement de chaque règne mais qui ne l'a jamais été ». « Pourquoi préserver l'institution de la liste civile, valable pour l'ensemble du règne, si c'est pour demander au Grand-Duc et à sa maison d'établir chaque année le budget des dépenses qu'ils envisagent ? », s'étonne Francis Delpérée. « Le manque de cohérence saute aux yeux », assène-t-il encore après avoir présenté les incongruités réglementaires. La Commission des institutions propose, depuis fin de l'année dernière, d'abolir la liste civile et

d'apporter de la transparence dans ce domaine. pso

Crémant an der Chamber



Cinq des sept députés de la circonscription (viticole) de l'Est s'inquiètent ce lundi qu'au retour des vacances de Carnaval, leurs électeurs ne puissent plus déguster le crémant local sur les vols de Luxair. Le « Poll-Fabaire Gate » s'invite au Parlement, suscitant au passage des commentaires moqueurs sur les réseaux sociaux. La

direction explique le recours à une roteuse française estampillée « cuvée Luxair » pour des raisons de coûts alors que la compagnie nationale rencontre de graves difficultés financières et ne souhaite pas passer par une recapitalisation. Vins Moselle n'a pas souhaité revoir son offre (avec la considération de *product placement* chère au directeur Gilles Feith), nous informe-t-on, et a activé ses réseaux politiques pour agiter l'atteinte au patriotisme économique. « Watt fir Krittäre gouf d'Entscheidung geholl, kee Lëtzebuurger Crémant méi u Bord ze zerwéieren », « Sinn déi Häre Ministeren der Meenung, dass et sënnavoll wier lëtzebuergesch Produiten iwwer Firmen, un deenen de Staat Partizipationen hält, méi staark ze fërderen ? » demandent Gilles Baum et Carole Hartmann du DP. « Wëssend, dass d'Luxair e wichtege Vecteur bei der Promotioun vu Lëtzebuurger Produiten ass, wéi eng Alternativen huet d'Regierung virgesinn, fir de Verloscht opzefänken ?, interrompt encore Octavie Modert, Françoise Hetto-Gaasch ou Léon Gloden, députés CSV qui ont pour certains des intérêts familiaux dans le vin. Rappelons néanmoins que le crémant Alice Hartmann continue d'être servi en *business class* et qu'un accord de distribution a été scellé en novembre entre la brasserie Simon (de Wiltz) et Luxair. pso

8

WIRTSCHAFT

Les actions ArcelorMittal s'arrachent

La famille Mittal a vendu cette semaine pour 74 millions d'euros d'actions d'ArcelorMittal (à 19,56 euros le titre), société dont elle est l'actionnaire principal. La transaction publiée en vertu de la loi prévenant les conflits d'intérêts a été opérée par Lumen Investments, une holding luxembourgeoise détenant les actifs de la famille du magnat indien de l'acier. Celle-ci détenait fin 2019 (dernier rapport annuel disponible) une quinzaine de milliards d'euros d'actifs financiers, soit un peu moins d'un quart du PIB luxembourgeois. Parmi les dernières transactions enregistrées par la direction du groupe, figure en décembre 2020,

l'achat par son administrateur Etienne Schneider d'un paquet d'actions (à 17,52 euros par unité) pour 70 000 euros. pso

Götterdämmerung

Tout le monde s'y attendait depuis un moment déjà, l'Aleba l'a confirmé cette semaine : La Commerzbank fermera définitivement sa succursale luxembourgeoise, 200 emplois sont menacés. Depuis que la Commerzbank avait annoncé vouloir « verschlanken » (amaigrir) son réseau international, il était clair que la succursale luxembourgeoise n'allait pas s'en sortir indemne. Car ce départ s'annonçait depuis plus de dix ans, alors que les activités de la Commerzbank avaient été liquidées les unes après les autres. Après 2008, la State Street racheta la branche fonds d'investissements ; en 2016, Julius Bär reprit le portefeuille de banque privée (estimé à trois milliards d'euros d'actifs) ; en 2018, Société générale racheta ce qui restait de la branche *asset management*. Activité plus discrète, le commerce de l'or sera, lui-aussi, liquidé. De plan social en plan social, l'effectif de

la Commerzbank avait fondu. Ne restaient finalement plus que les crédits aux entreprises. (Les lettres de gage sont regroupées dans une société distincte, Commerzbank Finance & Covered Bond SA, qui compte à peine dix salariés.)

En 1969, la Commerzbank avait été une des premières eurobanques à découvrir l'eldorado réglementaire et fiscal luxembourgeois. Comme le relatait l'avocat d'affaires Jacques Loesch dans une de ses dernières interviews, qu'il avait accordée dans le cadre d'un documentaire sur l'histoire de la CSSF : « La Dresdner Bank est venue la première. Cela a eu un grand écho dans les milieux financiers : La deuxième banque la plus importante d'Allemagne qui s'installe au Luxembourg ? Mais que se passe-t-il ? Peu après, la Commerzbank l'a rejointe, c'était la troisième plus grande banque. Je me souviens de Monsieur Werner en particulier qui demandait : 'Mais quand viendra enfin la Deutsche Bank ; la numéro 1 ? ' » Avec l'émergence du « private banking » dans les années 1980, le Luxembourg se transformera en une sorte

d'arrière-cour, discrète et honteuse, de Francfort. La série *Bad Banks* témoigne de cette vision : l'action de la première saison se divise entre les réunions dans les gratte-ciels de la City de Francfort d'un côté, et des rendez-vous clandestins dans des friches industrielles ou au Parking Neipperg de l'autre.

La Commerzbank avait été une des premières banques à lancer une opération de nettoyage pour se débarrasser de ses clients fraudeurs du fisc. Ce qui ne lui avait pas évité de se retrouver dans le collimateur de la « Steuerfahndung » de Wuppertal. En février 2015, ses employés Luxembourg résident du côté allemand de la frontière avaient ainsi vu leurs domiciles privés perquisitionnés dans l'espoir d'y débusquer des documents compromettants. (À l'époque, télétravail et secret bancaire s'accordaient encore mal.) En 2017, la Commerzbank Luxembourg finira par payer une amende administrative de 17 millions d'euros. Alors que les banques allemandes ont définitivement perdu leur hégémonie sur la place bancaire luxembourgeoise, les banques

françaises y restent très présentes, avec des bilans élevés. Elles ont jusqu'ici également évité la tendance à la « succursalisation », qui équivaut à une mise sous tutelle de la maison mère. bt

La direction satisfaite, les marchés moins

Le géant luxembourgeois du satellite SES a publié ce jeudi un bénéfice en chute de 47 pour cent et un résultat opérationnel (Ebitda) en retrait de sept pour cent. Le directeur général se félicite de « cette année forte pour SES » malgré le Covid-19. « We protected the bottom line with Adjusted Ebitda in line with our pre-Covid-19 outlook », a annoncé Steve Collar dans un communiqué diffusé juste avant l'ouverture des bourses européennes. Les marchés ont tout de suite sanctionné le résultat par des ventes : une dépréciation du titre de 6,5 pour cent, de 6,94 à 6,49 dollars. Pour rappel, l'action de la société européenne de satellites avait culminé à 34 euros en 2015 avant de souffrir de conditions de marchés adverses, notamment du déclin de la télé par satellite face au web (qu'elle essaie de conquérir). pso

Le mystère frontalier partiellement levé

Tous les quatre ans, la Banque centrale du Luxembourg réalise une enquête sur les travailleurs frontaliers. Ils pèsent près de 44 pour de l'emploi salarié au Grand-Duché, « ils apportent une contribution importante à l'économie luxembourgeoise, en termes de production, de consommation et d'impôts, mais ils ne sont que partiellement couverts par les statistiques officielles », notent les économistes auteurs de l'étude parue ce jeudi. Celle-ci porte sur les données collectées en 2018. On apprend entre autres que la part de propriétaires était plus élevée parmi les frontaliers résidant en Belgique (81 pour cent) que parmi ceux vivant en France (77 pour cent) ou en Allemagne (72 pour cent). « En moyenne, les frontaliers étaient plus susceptibles d'être propriétaires que leurs homologues dans leur pays de résidence ou que les employés résidant au Luxembourg », soulignent les auteurs. Le patrimoine net des résidents belges (275 600 euros) dépasse celui des Allemands (236 400

euros) et des Français (212 800 euros). « Entre 2014 et 2018, les frontaliers résidant en Allemagne ont connu la plus forte croissance de leur patrimoine net médian (62 pour cent), suite à une augmentation importante du taux de propriété et de la valeur de la résidence principale du ménage (18 pour cent) », expliquent encore les économistes. Les ménages des personnes employées au Luxembourg sont aussi plus souvent endettés par rapport à la moyenne de la zone euro (42 pour cent). pso



Ticker

Land

26.02.2021



Le site de Paul Wurth s'étend sur douze hectares en face des rails à Luxembourg (c'est deux hectares de moins qu'ArcelorMittal à Dommeldange)

Crispation « Le ministère des Finances [qui gère le portefeuille de participations étatiques, ndlr] ne commente pas des discussions en cours. » « Comme les négociations ne sont pas achevées, le ministère de l'Économie [qui exerce la tutelle sur l'un des actionnaires, la SNCI, et sur l'industrie] ne commente pas » davantage. Les interlocuteurs du monde industriel se crispent lorsqu'ils sont sollicités pour évoquer un chapitre en cours d'écriture dans une histoire centenaire. Voilà plusieurs mois, écrit le *Wort* en fin de semaine passée, que l'État discute les termes de la cession de sa participation de quarante pour cent dans ce monument de l'industrie nationale qu'est Paul Wurth. La SNCI détient 18,84 pour cent du capital de la société d'ingénierie sidérurgique, la BCEE onze pour cent et l'État (en direct) 10,982 pour cent. Le gouvernement était intervenu après la crise de 2008 pour stabiliser l'entreprise qui appartenait essentiellement à ArcelorMittal... et est resté depuis à son capital.

L'actionnaire aujourd'hui majoritaire (à soixante pour cent), le groupe allemand SMS, exprime le désir de racheter la partie de capital qui lui manque alors même qu'il subit les effets de la crise du Covid-19. Dans sa lettre de janvier 2021, le directeur général de la firme, Burkhard Dahmen, parle d'un recul « considérable » du volume de projets. Le CEO évoque même une situation « dramatique » en Allemagne avec une chute de 65 pour cent du carnet de commande en 2020 par rapport à 2019. La baisse s'établirait à quarante pour cent dans l'ensemble du groupe, soit deux milliards d'euros de chiffres d'affaires en moins. « Nach eingehender Analyse unseres Marktumfelds gehen wir von mindestens drei bis vier Jahren aus, bevor eine Erholung in unserem Geschäft wirklich spürbar wird », écrit Burkhard Dahmen. « Dies ist eine lange Durststrecke, in der wir Liquidität und Eigenkapital verlieren würden », lit-on encore, avant que Dahmen aborde la ritournelle de la réduction des coûts fixes et notamment du personnel, cent millions d'euros par an pour la seule Allemagne, soit 1 200 postes à supprimer. Une réorganisation générale du groupe, « orientée projet », est développée, autour de régions et de centres d'excellence. Le directeur général de Paul Wurth, le Luxembourgeois Georges Rassel, prendra la tête de SMS pour le marché européen.

Le groupe envisage de racheter le fleuron luxembourgeois de l'assemblage de hauts fourneaux pour la production de fonte (105 millions d'euros de chiffre d'affaires, onze millions de bénéfices, beaucoup de cash à la banque et des terrains à Luxembourg-Ville) avec les poches percées. Combien vaut d'ailleurs Paul Wurth SA ? Les différents documents publics n'offrent qu'une valeur comptable de la participation étatique. 4,7 millions d'euros comme prix d'acquisition dans le bilan 2019 de la banque publique SNCI pour ses 19 pour cent ou encore 1,5 million d'euros de valeur nominale (soit la valeur fixée lors de l'émission des titres représentatifs du capital) pour les dix pour cent de l'État ? La valeur réelle est bien supérieure.

En 2012, ArcelorMittal avait vendu à SMS GmbH ses 48,1 pour cent dans Paul Wurth pour 388 millions de dollars (294 millions d'euros selon la conversion au 31 décembre 2012), générant un bénéfice de 242 millions de dollars sur l'investissement. La même année, Luxempart (actionnaire de Paul Wurth depuis 1988) avait cédé sa participation de 10,9 pour cent au groupe sidérurgique allemand pour un montant de 56 millions d'euros. Ces deux transactions avaient valorisé l'entreprise autour de 600 millions d'euros. Selon ces termes, la participation (directe et indirecte) de l'État équivaldrait aujourd'hui à minima autour de 250 millions d'euros. Mais la méthode est imparfaite. Une valorisation s'opère principalement sur base des revenus attendus d'une entreprise. Périsseux de s'aventurer dans les *discounted cash flows* de Paul Wurth pour la prochaine décennie. Mais un paramètre attire l'attention.

Inquiétude industrielle

Pierre Sorlut

L'État vend ses parts dans Paul Wurth. La transaction est conduite dans un contexte financier difficile pour l'acquéreur allemand. La dimension immobilière est clé pour ce monument de l'industrie nationale

Il l'avait d'ailleurs déjà retenue en 2012 lors de l'arrivée du groupe allemand. SMS avait alors informé qu'une « grande partie » de la valeur de l'entreprise (« der Großteil des Firmenwerts », *Land*, 28.09.2012) tenait aux terrains sur lesquels Paul Wurth s'est développée face à la gare (centrale électrique, hangars, etc). Depuis, victime de son succès, le Grand-Duché s'est enfoncé dans une crise du logement, le quartier HoBoGa s'est gentrifié (*Land*, 16.08.2019) et le tram passe en son sein.

Steel immo Parmi les revenus futurs figure donc celui de la vente potentielle des douze hectares de Paul Wurth détenus à Hollerich, un véritable pactole. D'autant plus que, d'après nos informations, le plan d'aménagement particulier est en voie de finalisation à la Ville. D'une zone d'activité industrielle, la parcelle de vingt hectares à Hollerich (l'autre gros morceau est détenu par la manufacture de tabac Heintz van Landewyck via sa société immobilière Landimmo) deviendra bientôt le nid d'appartements, de commerces et de bureaux. Selon une source, un échange de terrain contre parts est envisagé. Des responsables auprès de l'entreprise et du ministère des Finances ne démentent pas. La question du maintien du siège de Paul Wurth à Luxembourg occupe les esprits. Pour convaincre ArcelorMittal de rester au Grand-Duché, l'État (via la BCEE) avait notamment racheté son siège, passoire énergétique, avenue de la Liberté au prix fort (autour de cent millions d'euros) fin 2014, et avait mis à disposition en 2016 une parcelle au Kirchberg pour construire le nouveau site emblématique (avec d'autres terrains du sidérurgiste en contrepartie pour construire des logements).

Dans ce contexte peu amène économiquement, le maintien d'une entité Paul Wurth semble incertain aux employés

et aux syndicats. Si ces derniers disent faire confiance au patron luxembourgeois Georges Rassel, ils manifestent quand même leur inquiétude « pour le développement futur » de ce « Traditionsbetrieb » au Luxembourg. À court terme (jusque fin 2023), l'emploi est protégé pour les 350 salariés de Paul Wurth au Grand-Duché (sans compter les plus de 250 de Geprolux et CTI) à la faveur d'un plan de maintien négocié en août dernier pour compenser le recours au chômage partiel. Paul Wurth emploie un millier de personnes à l'étranger. L'entreprise sert notamment le marché russe (quasiment cinquante pour cent de son chiffre d'affaires), le Brésil et l'Inde.

L'entreprise revêt une importance symbolique. Car, relève l'historien spécialiste de la sidérurgie Charles Barthel, « c'est une entreprise qui a une renommée mondiale et une entreprise qui fait la fierté de tous les Luxembourgeois [...] Même s'ils n'ont pas trop connaissance de ce que fait Paul Wurth, les gens associent la so-

ciété à la technologie de pointe dans le domaine de la sidérurgie et de l'ingénierie ». Charles Barthel se réfère notamment au gueulard sans cloche, une invention de l'entreprise qui est devenue « le standard dans le monde entier » à partir des années 1970 pour charger le minerai et le coke au sommet du haut fourneau (et évacuer le CO₂). Puis, à la sortie du premier conflit mondial (la « Kesselfabek » a été créée en 1870 par Eugène Muller-Buck puis cédée à Paul Wurth en 1891), le patron s'est révélé un industriel-clé pour le développement économique du Grand-Duché et la structuration du dialogue social. Face aux revendications populaires en faveur de la journée de huit heures, il a incarné la voix de l'industrie et conduit la création de la Fedil. « C'est avant tout une fondation motivée par l'attitude du gouvernement qui

cède aux revendications excessives du prolétariat », détaille Charles Barthel. Le gouvernement est alors conduit par un membre du parti de la droite catholique, Émile Reuter, « pas obligé envers le patronat » : « Il a plutôt intérêt à amadouer l'effervescence ouvrière, en leur faisant un certain nombre de cadeaux », commente l'historien. « C'est ce qui provoque la fureur des patrons. »

Les sympathies de Paul Wurth vont vers le côté libéral. Au niveau national, il travaille ardemment pour la Commission d'orientation économique. Le Luxembourg industriel tourne alors le dos au Zollverein et s'aventure progressivement sur les marchés belges et français. L'homme Paul Wurth négocie les débouchés aux dépens de son entreprise (faute de temps à lui consacrer) qui, « tout au long des années 1920, opère dans une situation extrêmement difficile », analyse Charles Barthel. En 1926, Paul Wurth vend sa société à l'Arbed, alors dirigée par Émile Mayrisch, patron emblématique qui a œuvré en passager clandestin dans l'ombre de Wurth et privilégié les intérêts de son entreprise au sortir du premier conflit mondial. Cent ans après, Michel Wurth, l'arrière-petit-fils achève sa deuxième décennie à la présidence de l'entreprise Paul Wurth. Son mandat, confié parce qu'il dirige ArcelorMittal Luxembourg, prend fin cette année et on ignore s'il sera reconduit.

Les capitaux de l'entreprise qui a construit en 1908 le premier pont en acier sur la Moselle à Schengen (détruit pendant la Deuxième Guerre mondiale par les Allemands) filent en Allemagne. Auprès du *Land* mardi, le député CSV Laurent Mosar critique « le manque de transparence sur les négociations liées à ce fleuron de l'industrie luxembourgeoise qui va passer intégralement dans des mains étrangères ». « Je me demande si c'est un cas exceptionnel ou si d'autres [participations étatiques, ndlr] vont suivre », s'interroge l'élu chrétien social qui reproche un manque de stratégie à l'exécutif en la matière. Comme les ministres des Finances et de l'Économie l'indiquaient en janvier en réponse à une question parlementaire du même Laurent Mosar au sujet des discussions sur la vente des participations de Paul Wurth (qui n'était toutefois pas cité nommément), les ministères de tutelle envisagent au cas par cas les opportunités de se dessaisir de ces participations acquises dans des entreprises à des moment où celles-ci avaient rencontré des difficultés.

Selon des témoignages collectés, l'initiative de SMS Group (détenu majoritairement par Heinrich Weiss, ancien proche de la CDU puis de l'AFD) visant à récupérer l'intégralité du capital de Paul Wurth tient à sa volonté d'avoir les coudées franches pour investir dans l'industrialisation de la technologie de production d'acier sans-CO₂. « With Paul Wurth and the acquisition of Sunfire GmbH, we are already on course to become the world's leading technology partner in this field », lit-on dans le rapport annuel 2019 du groupe allemand. L'unicité de l'actionnariat facilitera le financement des projets. « Paul Wurth tout seul, on arrive à nos limites, aussi bien technologiques que pour la réalisation de projets d'envergures qui ne tombent pas dans le domaine exclusif de la société », explique Georges Rassel au *Land* mercredi. Dans une sorte d'intégration verticale du groupe SMS et dans la production en amont, Paul Wurth prévoit d'échanger les hauts fourneaux traditionnels contre un réacteur de réduction directe qui marche à l'hydrogène et qui est à la base de l'acier vert. « On va bénéficier ensemble de ce rassemblement vertical pour offrir une solution complète à nos clients. Maintenant le monde demande plus que de la fonte, mais de l'acier vert de haute qualité », conclut Georges Rassel. Le Luxembourgeois promet d'expliquer plus en détails les développements en cours lorsque la cession sera finalisée. ●

Le PAP du quartier Hollerich valorisant les terrains de Paul Wurth est en voie de finalisation à la Ville



1923 gaben Städte eigenes Notgeld heraus

Die große Pleite

Martin Ebner

Wann kommt die Hyperinflation? Der Ökonom Ingo Sauer hat zumindest herausgefunden, warum sie kommt

Millionen reichen schon lange nicht mehr, Milliarden müssen es sein, lieber gleich Billionen. Seit 2007 hat sich in der Euro-Zone die Geldmenge mehr als vervierfacht, die Staatsschulden wachsen ungebremst. Warum gibt es bislang trotzdem keine nennenswerte Inflation? Weil Geldentwertung mit der unablässig steigenden Geldmenge nichts zu tun hat, sagt der Wirtschaftswissenschaftler Ingo Sauer. Jedenfalls nicht direkt.

Sauer forscht an der Universität Frankfurt als Assistent von Professor Rainer Klump, der zwischen 2015 und 2017 Rektor der Uni Luxemburg war. Inflation könne alle möglichen Ursachen haben, erläutert der Ökonom: zum Beispiel Gewerkschaften, die Lohnkosten erhöhen, oder Araber, die auf dem Ölschlauch stehen. Für eine richtig große, schlimme Geldentwertung aber, mit Geldscheinen voller Nullen, Preiserhöhungen mehrmals am Tag und allgemeiner Flucht in Sachwerte – dafür brauche es eine bankrotte Zentralbank. Solange es keine Forderungen in Fremdwährungen gegen sie gibt, kann eine Zentralbank zwar technisch nicht insolvent gehen, da sie beliebig viel eigene Währung drucken kann. Das „Konzept der Solvenz“, die finanzielle Stärke der Zentralbank, spiele aber sehr wohl eine große Rolle.

Für Milton Friedman war „Inflation immer und überall ein monetäres Phänomen“. Ökonomen erklären bis heute Inflation meist mit der Quantitätstheorie: Die Zentralbank druckt zu viel Geld, das Geld ist immer weniger wert und die Preise steigen; besonders wenn dabei die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zunimmt, die Gütermenge gleichbleibt oder die Produktion sinkt. Oder durch die Erhöhung der Geldmenge werden die Zinsen gesenkt, was die Nachfrage nach Krediten und Gütern anheizt und ebenfalls die Preise wachsen lässt.

Zentralbank-Bilanz als Angelpunkt Thomas Sargent, ein Träger des Wirtschafts-Nobel-Gedächtnispreises, fand bereits 1982, dass die herrschende Lehre nicht stimmen könne: Nach dem Ersten Weltkrieg sei in den europäischen Hyperinflations-Ländern das Preisniveau abrupt und lange vor einer Währungsreform stabilisiert worden; die Geldmenge sei dort erst nach der Stabilisierung der Währung massiv gewachsen. Die Geldmenge sei also unwichtig. Entscheidend sei die Qualität der Assets, die von der Zentralbank für ausgegebenes Geld zur Besicherung in ihrer Bilanz verbucht werden: zur Zeit der Hyperinflation wertlose Staatsanleihen, nach der Stabilisierung echte Werte.

Sargents Studie wurde kaum beachtet. Der Ökonom habe damals auch nur eine einzige, unvollständige Quelle gehabt, räumt Ingo Sauer ein: eine Studie für den US-Senat von 1925. Sauer hat für seine Dissertation die fehlenden Daten ergänzt und Sargents Ergebnisse mit ökonomischen Techniken getestet. Bei der Untersuchung der vier Hyperinflationen in Österreich, Ungarn, Polen und Deutschland hat Sauer für jeden Nominalwert in den Bilanzen der damaligen Zentralbanken einen Marktwert recherchiert. Keine leichte Übung, denn Werthaltigkeit ist ein „fließender Prozess“: Zunächst hatten Staatsanleihen durchaus noch einen Wert – aber welchen? Um die Stärke einer Zentralbank zu bestimmen, hat Sauer ein eigenes Maß entwickelt: den „verteidigbaren Wechselkurs“ (*solvency exchange rate*).

Unschuldiges Geldrücken In allen historischen Fällen, die Sauer erforschte, war der Mechanismus gleich: Hyperinflation wurde immer durch eine Verschlechterung des Wechselkurses ausgelöst. Sobald die Zentralbank zu viele wertlose Aktiva in ihrer Bilanz hatte, war sie zu schwach, um an den Devisenmärkten den Wechselkurs zu verteidigen. Die Währung verlor gegenüber den damaligen Leitwährungen Dollar und Pfund an Wert – und umgehend stiegen die Preise. Folgerung: Die eigentliche Ursache von Hyperinflation sei die fehlende Solvenz der Zentralbank; die steigende Geldmenge sei nur eine „nicht verstandene Begleiterscheinung“.

Meist laufen Wechselkurs-Einbruch, Preisanstieg und Aufblähung der Geldmenge gleichzeitig ab. In Deutschland lassen sich die einzelnen Phasen aber gut auseinanderhalten, findet Sauer: Die Reichsmark verlor gegenüber dem US-Dollar von November 1918 bis Juni 1922 rund 98 Prozent ihres Werts – und das deutsche Preisniveau stieg spiegelbildlich. Massiv brach der Kurs 1919 ein, als die Reichsbank die Hälfte ihres Goldes für Lebensmittelimporte ausgeben musste. Das restliche Gold wurde im Februar 1923 verpfändet, um während der französischen Besatzung des Ruhrgebiets den Wechselkurs zu stabilisieren. Ein aussichtsloser Versuch, erläutert Sauer: „Alle wussten, dass die Reichsbank ihre letzten Reserven verpulvert und nicht lange durchhalten kann.“

Gegen den nach wenigen Wochen folgenden Absturz halfen keine Preiskontrollen, keine Gesetze, keine patriotischen Aufrufe: Nichts konnte Geldwechsel auf dem Schwarzmarkt aufhalten. Szenen dieser Zeit haben sich tief in das kollektive Ge-

Die eigentliche Ursache von Hyperinflation sei die fehlende Solvenz der Zentralbank; die steigende Geldmenge sei nur eine „nicht verstandene Begleiterscheinung“

dächtnis der Deutschen eingegraben: Bündel von Banknoten, die nicht gezählt, sondern gewogen wurden. Löhne, die täglich mit der Schubkarre ausgezahlt wurden. Einst wohlhabende Familien, die ihre Wände mit Geldscheinen tapezierten.

Schließlich musste die Reichsbank ein niedrigeres Wechselkursniveau akzeptieren. Vom 15. bis zum 20. November 1923 wurde der Wechselkurs erfolgreich fixiert: 4,2 Billionen Reichsmark zu einem US-Dollar. Erst nach dieser gelungenen Stabilisierung explodierte die Geldmenge, bis Juni 1924 um den Faktor 15. Dass die Reichsbank ihre Bilanz derart aufblähte, kümmerte aber niemanden mehr: Die Reichsmark war nicht mehr mit Staatsanleihen des bankrotten Deutschen Reichs „besichert“, sondern wurde nur noch gegen kurzlaufende Unternehmensanleihen, Grundstücke und andere werthaltige Assets ausgegeben. Die Spekulation gegen die Reichsmark hörte bereits im Dezember auf. Die Währungsreform, zwölf Nullen gestrichen und neue Geldscheine, kam dagegen erst Monate später.

Dass sich Hyperinflation nur durch „Rückkehr zu den einfachen Grundsätzen soliden Bankings“ stoppen lässt, sei den damaligen Praktikern völlig klar gewesen, ergaben Sauers Recherchen: „Der Reichsbankpräsident oder die Völkerbund-Experten, die Ungarn sanierten, haben nie gesagt: ‚Wir müssen jetzt die Geldmenge reduzieren.‘ Darauf kamen Ökonomen erst viel später.“ Seine Dissertation sei eine „vollständige Falsifizierung der Quantitätstheorie“.

Falsche Theorie, gefährliche Praxis? Da für die heute vorherrschende Lehre die Assets der Zentralbanken keine Funktion haben, spiele ihre Qualität für die Theoretiker keine Rolle. „Die Deckung der Assets wird auch in der Praxis vernachlässigt“, kritisiert Sauer. In den USA gebe es zwischen den Federal-Reserve-Banken einen regulären Ausgleich gegenseitiger Ansprüche. Dagegen seien die Ökonomen, die das Euro-System aufbauten, nur auf die reine Geldmenge fokussiert gewesen – für Forderungen zwischen Euro-Zentralbanken sei kein tauglicher Abwicklungsmechanismus geschaffen worden.

Die Ökonomen hätten lange sogar dabei versagt, die immensen Ungleichgewichte bei den Target-Salden in den Untiefen der europäischen Zentralbank-Bilanzen auch nur zu bemerken. Bereits Ende 2010 machten diese „unbesicherten Ansprüche“ zum Beispiel bei der deutschen Bundesbank fast die Hälfte der Assets aus. „Die Steuerzahler wurden nie über diese riesigen finanziellen Lasten informiert. Wenn das Eurogebiet auseinanderfällt, werden vor allem Deutschland, Luxemburg, die Niederlande und Finnland enorme Schwierigkeiten haben, ihre Zentralbanken zu rekapitalisieren.“

Bislang ist in der Euro-Zone von Inflation nicht viel zu sehen. Sauer erklärt das damit, dass die Zentralbanken des Euro-Systems noch relativ viel Eigenkapital haben, etwa Goldreserven. Außerdem seien viele dubiose Bilanzposten der EZB bisher noch nicht wertlos geworden. Die Risiken würden aber immer größer: Schrottanleihen von Krisenländern und Zombiefirmen, langfristige Kredite an insolvente Geschäftsbanken und immer größere Target-2-Forderungen.

Wann genau die EZB zu schwach wird, um den Euro zu verteidigen, kann Sauer nicht sagen. Sobald griechische oder italienische Staatsanleihen ausfallen? Sobald ein Drittel oder die Hälfte der EZB-Aktiva wertlos ist? Es gebe es keinen linearen Zusammenhang von Bilanz-Verschlechterung und Preissteigerung, man müsse sich das eher wie das Schütteln einer Ketchup-Flasche vorstellen: Lange passiert nichts ...

Spekulannten werden den rechten Zeitpunkt wohl ertesten. Der legendäre Hedgefonds-Manager George Soros erkannte 1992, dass die Bank of England verwundbar ist: Mit Attacken gegen das Pfund soll er damals rund eine Milliarde US-Dollar verdient haben. Möglicherweise werden Angriffe auf die EZB bald noch mehr einbringen. Für die europäischen Sparer und Steuerzahler allerdings eher nicht. ●

Die Dissertation von Ingo Sauer soll veröffentlicht werden unter dem Titel: *The Case Against the Quantity Theory: Hyperinflations as Central Bank Insolvencies, (Mis-) Leading Textbooks and an Obscure Culprit for Hollowing-out the Euro*. Der Youtube-Kanal des Forschers heißt „Wissen hat keinen Eigentümer“. Weitere Publikationen sind hier zu finden: www.wiwi.uni-frankfurt.de

Bitte weitergehen, hier gibt es nichts zu sehen!

Die gegenseitigen Forderungen und Verpflichtungen von Zentralbanken des Euro-Systems sind nach gängiger Ökonomen-Meinung unproblematische, werthaltige Ansprüche. Zu diesen so genannten Target-2-Salden, reinen Verrechnungsposten, brauche es keine öffentliche Diskussion: Selbst wenn zum Beispiel Italien aus dem Euro austräte, würden diese Schulden beglichen. Ganz sicher. Im November 2020 standen in den Bilanzen europäischer Zentralbanken folgende Summen:

größte Forderungen:	größte Verbindlichkeiten:
Deutschland: 1 060 Mrd.	Italien: - 494 Mrd.
Luxemburg: 242 Mrd.	Spanien: - 480 Mrd.
Finnland: 62 Mrd.	Portugal: - 83 Mrd.
Niederlande: 42 Mrd.	Griechenland: - 75 Mrd.

L'embargo agricole coûte cher à la Russie

Evgenii Monastyrenko

**L'Union européenne sanctionne la Fédération russe pour sa politique contre l'opposition au régime.
Des économistes de l'Université évaluent l'impact des précédentes représailles russes aux sanctions européennes**

Au premier semestre 2014, l'Union européenne, les États-Unis et d'autres pays occidentaux imposaient des sanctions contre la Fédération de Russie en réponse aux crises dans l'Est de l'Ukraine et en Crimée. En août de cette même année, la Russie réagissait en imposant un embargo sur l'importation de produits alimentaires et agricoles issus de ces pays. La liste des produits interdits comprenait des produits de consommation courante pour les ménages russes, comme notamment des produits à base de viande, des produits laitiers ainsi que les fruits et légumes. Le but du gouvernement russe, derrière cette manœuvre, était de nuire aux pays producteurs de ces biens.

Cependant, si l'on en croit la théorie économique, c'est bien la Russie elle-même qui subira les conséquences négatives de cet embargo. Pour éclairer nos propos, nous faisons référence à une analyse récente menée conjointement avec Julian Hinz¹ de l'Université de Bielefeld (Allemagne). Cette analyse, tente d'établir un lien entre cet embargo alimentaire auto-imposé, la hausse des prix à la consommation et la chute du PIB en Russie. Pour ce faire, l'étude se base sur les données librement disponibles au sein du Service statistique de l'État fédéral russe. Ces données portent sur les prix à la consommation sur les marchés réglementés.

Les effets sur les prix sont renseignés en distinguant l'effet spécifique à chaque produit (dit « microéconomique ») de l'effet portant sur l'économie russe en générale (dit « macroéconomique »). D'après les estimations, les prix moyens de tous les produits (sous embargo ou non) ont augmenté suite à l'instauration du blocus. Toutefois, la croissance des prix des produits sous embargo a été bien supérieure. Plus précisément, ces derniers ont crû d'au moins 2,7 pour cent de plus par rapport aux autres produits.

Notre analyse nous amène ensuite à étudier comment les conséquences pour les prix à la consommation varient dans le temps. Cette recherche révèle que la plus forte croissance des prix, causée par l'embargo, a été observée en janvier 2015². Cet effet retombe presque entièrement à zéro un an après le début de l'embargo, soit en août 2015. On observe que les prix des denrées alimentaires sous embargo restent sensiblement plus élevés (environ cinq pour cent) par rapport aux produits non alimentaires et des services.

Nous cherchons également à expliquer pourquoi cet accroissement des prix tend à ralentir assez rapidement par la suite. La première piste concerne le détournement des échanges commerciaux. En effet, les entreprises russes ont remplacé leurs achats auprès des fournisseurs résidents des pays sous embargo par les importations provenant d'autres pays d'origine. La seconde piste est la baisse de la consommation domestique des produits sous embargo de l'ordre de 25%, amortissant de ce fait cet effet de substitution à moyen terme.

Par ailleurs, nous observons aussi, mais dans une moindre mesure, une augmentation des prix à la consommation des produits alimentaires non soumis à l'embargo. Une propagation aux autres secteurs économiques semble donc possible. Afin

Quel lien entre embargo alimentaire auto-imposé, hausse des prix à la consommation et chute du PIB en Russie ?

de tester cette hypothèse, nous partons d'un modèle simplifié de l'économie mondiale intégrant plusieurs secteurs productifs interconnectés, commerçant entre eux des produits diversifiés. Chaque pays possède un avantage comparatif dans la production de certains biens.

Ce modèle permet d'étudier l'influence de l'embargo sur le bien-être de la Russie et ses partenaires commerciaux. Le modèle est dans un premier temps simulé avec des données de l'année 2013 sur la production et le commerce international de 38 pays qui sont les principaux partenaires de la Russie. L'année 2013 est prise comme référence car il s'agit de la dernière année complète avant l'instauration de l'embargo. Une seconde simulation, du même modèle, est ensuite effectuée sur le même jeu de données mais en incluant cette fois-ci l'embargo. Au final, les effets sur le bien-être

et les prix sont calculés en prenant les différences entre l'année 2013 « avec embargo » et l'année 2013 « réel ». La seule chose qui change étant l'introduction de l'embargo, les effets ainsi obtenus sont isolés des autres facteurs macroéconomiques.

Les résultats suggèrent que la Russie a subi une perte équivalente à 1,84 pour cent de PIB. Les prix moyens en Russie ont augmenté de 0,33 pour cent. La plupart des pays qui sont les « grands » exportateurs vers la Russie ont subi des pertes mineures (inférieures à 0,5 pour cent). La Biélorussie témoigne même d'une forte augmentation du PIB (5,56 pour cent). Elle participe en effet à l'Union économique eurasiatique (UEEA) avec la Russie et, selon plusieurs témoins, certains produits alimentaires sous embargo, ont été réétiquetés et réexportés en Russie.

Les conséquences pour les « petits » exportateurs vers la Russie sont négatives, mais très faibles, ce qui indique l'inefficacité de l'embargo en tant que politique commerciale. Certains pays d'Europe orientale (Bulgarie, République tchèque, Roumanie) ont même connu des conséquences économiques positives. Ces pays ont très probablement profité de la réallocation des flux d'exportation. Deux facteurs favorisent cette explication. Premièrement, la distance entre les pays d'Europe orientale et la frontière russe est relativement faible, ce qu'implique des coûts commerciaux similaires à ceux de la Russie. Deuxièmement, la structure des importations alimentaires de ces pays est semblable à celle de la Russie.

L'embargo imposé par le gouvernement russe a impacté de manière négative le bien-être des consommateurs russes. Les trois quarts de la population russe vivant en zones urbaines ne sont pas en mesure

de produire leur nourriture. Les besoins en produits agricoles sont donc importants et rendent une grande partie des citoyens russes vulnérables aux augmentations des prix des denrées alimentaires. Les pays ayant maintenus des sanctions financières contre la Russie n'ont, par contre, pas été autant impactés par l'embargo. ●

Evgenii Monastyrenko est doctorant au département Sciences économiques et gestion de la Faculté de Droit, d'Économie et de Finances à l'Université du Luxembourg.

¹ Julian Hinz, Evgenii Monastyrenko : « Bearing the cost of politics: Consumer prices and welfare in Russia ». *Kiel Working Papers* N° 2119, 2019

² Martinne Geller, Neil Maidment, Polina Devitt : « Belarussian oysters anyone? EU food trade looks to sidestep Russian ban ». Reuters, 17.08.2014. www.reuters.com/article/ukraine-crisis-russia-traders/belarussian-oysters-anyone-eu-food-trade-looks-to-sidestep-russian-ban-idUSL2NOQ1XL20140817 et Mark Astley : « Russia importing Belarus dairy products made with EU milk ». *Dairy Reporter*, 8.10.2014. www.dairyreporter.com/Article/2014/10/08/Russia-importing-Belarus-dairy-products-made-with-EU-milk-DairyInfra et Irina Zhavoronkova : « How does salmon from Norway find its way into Russia? » *Russia Beyond*, 28.10.2014. www.rbth.com/business/2014/10/28/how_does_salmon_from_norway_find_its_way_into_russia_40945.html



Un magasin en Carélie, à la frontière occidentale de la Russie



Mehr als **23.500 Unternehmen**
vertrauen der BIL heute. Und Sie?



In guten und schlechten Zeiten, steht die BIL seit 1856 den Unternehmen zur Seite und bietet Lösungen, die auf jede Entwicklungsphase Ihres Unternehmens zugeschnitten sind. Entdecken Sie unsere verschiedenen Dienstleistungen auf www.bil.com/unternehmen oder nehmen Sie direkt Kontakt mit Ihrem Kundenberater der BIL auf.

ZU GAST

Ausnamzustand

De Virus ass esou vill Katalysator vu gesellschaftlechen Entwécklungen, wéi en der selwer bewierkt. Jo, hien zwéngt eis an eng konstitutionell Suboptimalitéit, well en d'Ausübung vu bestëmmte Rechter während zimlech laanger Zäit aschränkt. Mee e weist eis och, datt et vläicht un der Zäit wir, fir verschidde Problemer vun eiser Zäit nei ze bewäerten.

Frank Engel ist Präsident der CSV

Eise Gesondheetssystem ass eigentlech immens fragil, a mir liewen an totaler a prekärer Oofhängegkeet vum Ausland. National Schutzreflexer vun eise Nopeschstaate kënnen eise Fonctionnement als Land stënterlech a Fro stellen. Mir stelle fest, datt Einsamkeet an der Gesellschaft e grouesse Problem ass, well mer mierken, datt net just zu Covid-Zäiten al Leit an Heemer kee Besuch kréien. Mir stelle fest, datt et erschreckend Zuele vu Suiciden zu Lëtzebuerg gëtt, déi och net eréischt elo vill ze vill héich sinn – an datt esou e materiell räicht Land net emotional esou därerf veraarmen, datt mer héich Suizidzuelen einfach esou wegwëschen. Mir realiséieren, datt mer e Sécherheets- a Gewaltproblem hunn, deen elo vläicht méi grouss schéngt, mee tatsächlech scho laang inakzeptabel grouss war. Mir mierken, datt ganz Wirtschaftssecteur riskéieren, un d'Schleidenen ze kommen, an datt eis Verwaltunge net op der Héicht vu séieren an effikassen Decisiounen sinn, fir dat Schleidenen ze bremsen. Bref: mir ginn eis esou lues bewosst, datt mer eis eigentlech an engem ëmfaassenden Ausnamzustand befannen.

Et ass net normal, datt mer et bis haut – quasi a ganz Europa – net fäerdeg bruecht hunn, fir der Technologie den Tracing vun den Infektiounen ze iwwerloossen. Mir si net gewëllt, ze soen, wann d'Gastronomie nees op geet, da soll d'Personal geimpft

sinn an d'Clienten op d'mannst am Besëtzt vun enger App, mat där se hire Besuch ausweisen, esou datt se kënnen erëmfonnt ginn, wann Infektiounen an engem Betrieb stattfonnt hunn. Mat Impfung, Schnelltester, Loffilteren, Kontakt-App an e bësse Verstand kéinte mer an e puer Méint nees e méi oder manner normaalt Liewe féieren. Mee wann Dateschutz viru Gesondheetsschutz kënnt, dann ass da ebe net wouer.

Mir kënnen de Virus net esou bekämpfen, wéi China dat mécht – a mir wëllen et och net. Mee demokratesch Gesellschaften op anere Plazen hunn eng Démarche, e Plang, fir mat him emzegoen, déi eis an de Schiet stellen. Ob en an Ostasien ass, oder a Neiséiland, oder a Finnland – et gi vill Plazen, wou demokratesch Gesellschaften entweder ouni Lockdown oder mat kuerzen an haarde Varianten dervun eng zimlech Normalitéit erëmfonnt hunn. Mir sollten eis deenen hirer Experienz net verschléissen. Dat gëllt iwrengs fir déi ganz europäesch Unioun. Well wa mer net wëllen, datt där hire Fonctionnement insgesamt erodéiert, da muss se en europäesche Wee duerch déi Kris fannen – ouni datt mer eis u Bannegrenzen de Krich erklären. Eng Afroststellung vun der Europäescher Unioun duerch dëse Virus wir fir eist Land iwrengs e Katastrofeszenario.

Mir musse fir eis a vun Europa wëllen, datt méi a méi séier ka geimpft ginn. Eise Grad vun Duerchimpfung ass pathetesesch. Mir musse méi impfen, a méi séier. Wa mer aus Russland kéinte séier e puer Honnert Milliounen Dose vun engem performanten Impfstoff erbäi kréien, da sollte mer et maachen. Als EU, a wann dat net geet, als Lëtzebuerg. Mir sinn Duerchgangsland. Mir beschäftegen 200 000 Leit, déi Awunner vun aneren EU-Memberstate sinn. Mir si méi ufällig fir dee Virus, wéi e Staat, dee seng Grenzen kann zoumaachen. Wa mir eis selwer schützen, da schütze mer och anerer.

Mir sinn am Ausnamzustand. Mir alleguer wëllen do eraus. An dat kënne mer och packen, wa mer endlech bereet sinn, Decisiounen ze huelen, déi iwwer d'Woch an de Mount erausginn. An déi, wa se haut net all Mënsch gefalen, muer jidderengem d'Liewe nees méi agreabel maachen. ● Frank Engel

D'GEDICHT VUN DER WOCH



Business Continuity-Management

Jacques Drescher

„Di iewescht gi gejuppelt,
Di ënnescht ginn zerdréckt.“
Sou steet et schonn am Renert;
Och haut ass d'Welt verréckt.

De Loulou ass gepickt ginn;
En ass jo President.
Mee d'Botzfra muss nach waarden,
Well si keen Décke kennt.

D'Geschäft muss weider lafen;
Et geet géint d'Konkurrenz.
Dat kléngt dann och um Radio
Op englesch ganz immens.

Di Déck, déi liewe besser;
Si kenne net hir Schold.
Di Kleng, déi maache weider;
Si hunn ze vill Gedold.

DIE KLEINE ZEITZEUGIN

Fausti. Ein Augenblick Glück.

Michèle Thoma

Dass er einmal traurig sein würde, wenn Fausti sterben würde, das hätte er nie gedacht, postet ein luxemburgischer Künstler, das Posting kriegt viele Likes, in meiner Facebook Bubble weinen die Emojis, bald weine ich auch. Dabei bin ich schon ewig aus Fausti-Land weg, war noch nie auf einem Fausti-Konzert, noch nicht mal auf einem Fausti-Faschingsball, darf so eine sich zu dem großen Event im Leben eines Menschen, dem Tod, überhaupt äußern?

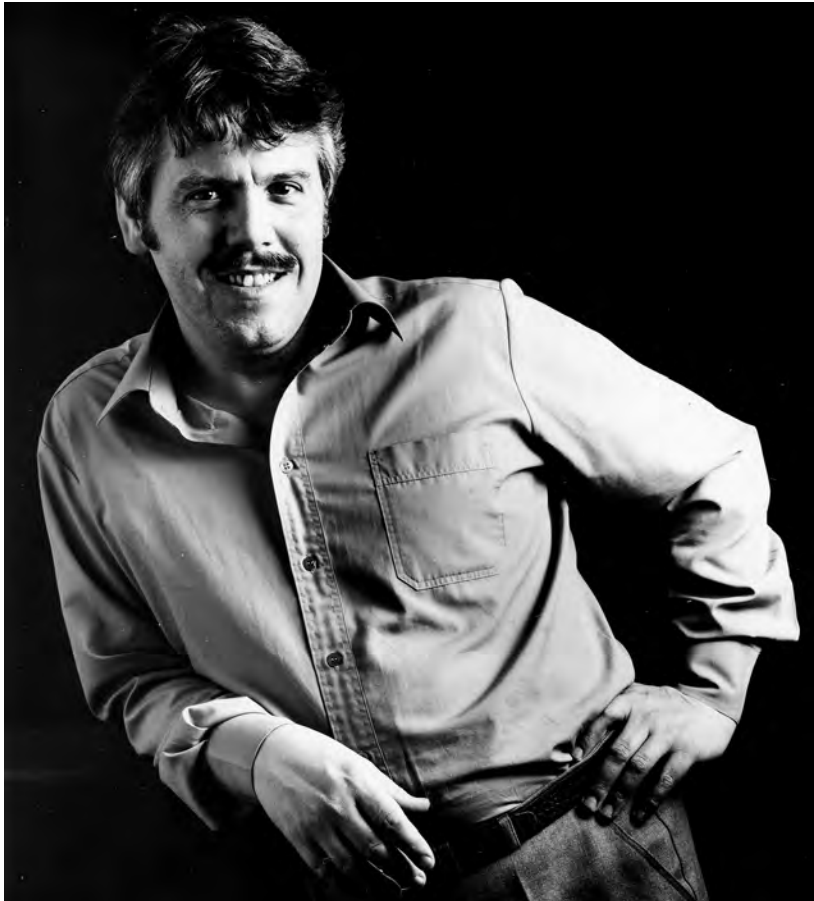
Kulturbürger_innen, Hochsensible, Kunstschaffende drücken ihre Betroffenheit aus. In meiner Bubble, die gute langweilige algorithmische FB-Gouvernannte sorgt ja bekanntlich dafür, dass wir blutdruckschonend von Artgenoss_innen umgeben sind, die meisten meiner FB-Freund_innen sind wohl eher nicht die, die pünktlich zu Pfingsten mit Landsleuten auf einem postkartenblauen Meer *Zwou Bulle Mocca* grölen, grenzt das an ein Outing. Ganz ohne Trigger-Warnung, mitten in den Safe Space, in dem selbst die Corona-Fehden schon lahm geworden sind, babbelt die Todesnachricht rein: Fausti hat das Zeitliche gesegnet! In meinem Bläschen ist Trauer ausgebrochen.

Echt jetzt? Fausti, der Bierzeltblödler und Sänger von Songs, die Zartbesaitete das Grauen lehrten, Revolutionäre in Trübsal versinken ließen angesichts des unbelehrbaren und unbekehrbaren Volkes und über die das gehobene und überhebliche Bürgertum schon reflexhaft die Nase rümpfte? Fausti, der auch in der Bubble, in der ich es mir in den Siebzigern gemütlich machte, verpönt war. Wer damals seine Tage mit The end, my only friend verbrachte, schwang kaum die Tanzbeine zu Eng Moss am Bic. Das Schweigen von Bergman vertrug sich nicht mit der lärmenden Lebenslustigkeit, die auf Karneval-Kommando ausbrach. Und in der strengen Szene der Weltverbesserer_innen waren Faschingsbälle schon in den Siebzigern NoGo, kümmerliche Veranstaltungen von armseligen Ersatzbefriedigten, ein groteskes Ventil, in dem die Bestandteile neurotischer Kleinfamilien im Spätkapitalismus ihren Frust abließen. Wir waren dafür, immer befriedigt zu sein. Was sich leider als extreme Herausforderung erwies.

Als der greise Großherzog starb, gab es auch so ein Aufwallen der Gefühle. Die Zähnen rannen über die Wangen altgedienter Anti-Monarchist_innen, er war auf dem Frang, der Jang! Unzählige Erinnerungen sprangen ungebeten aus irgendeiner Schublade, Großherzogsgeburtstag, diese roten gefrorenen Nasen während in der Polarnacht, ganz nah beim

*Vielleicht war gerade
Fausti freier, weiser,
lustiger als so manche
Kulturcoole*

Pôle Nord, der Sternstaub explodierte! Das Herz wird getriggert, wie oder warum auch immer, plötzlich tut es weh, oder es schlägt komisch. Es hat mit Kindheit zu tun, mit Jugend, ob Mensch Fan_in war oder nicht oder vielleicht sogar Anti-Fan_in. Dieser Mensch, der plötzlich nicht mehr da ist, zumindest nicht mehr hier, war ein Teil von. Wovon? Wir sind mit ihm aufgewachsen, schreibt Xavier Bettel nach dem Tod von Fausti, mit ihm geht ein Stück unserer Kindheit, twittert Corinne Cahen.



Fausti, ein Working-Class Hero

CHRONIQUE DE L'URGENCE

Les dessous de Gaïa

Jean Lasar

Dans la mythologie grecque, la déesse Gaïa – Terra chez les Romains –, est la mère ancestrale de toute vie. Dans les années 1970, le Britannique James Lovelock a recouru à cette figure évocatrice pour décrire notre planète comme « système physiologique dynamique qui inclut la biosphère et maintient notre planète depuis plus de trois milliards d'années en harmonie

avec la vie ». Même si elle controversée, la thèse selon laquelle notre planète formerait un vaste superorganisme autorégulé, y compris pour ce qui est de la constitution de son atmosphère, fait depuis lors partie intégrante du débat sur le climat terrestre. Une étude publiée récemment par l'historienne des sciences Leah Aronowsky se penche sur le contexte dans lequel est née cette hypothèse. L'éclairage inédit qu'elle apporte démontre qu'elle sent le soufre.

Au moment où il a mis au point son hypothèse Gaïa, James Lovelock, après un passage à la Nasa, était de retour au Royaume-Uni et employé, entre autres, par Shell Research. Or, la compagnie pétrolière a utilisé sa théorie de manière éhontée pour suggérer que notre planète est parfaitement capable d'encaisser les mauvais traitements que lui infligent les humains, notamment en surchargeant son atmosphère de dioxyde de carbone. À cette époque, Lovelock allait jusqu'à affirmer que l'existence de certaines algues émettrices de soufre et d'autres plantes aquatiques excréant de l'iode suggéraient une sorte de « réponse régulatrice » de la biosphère destinée à neutraliser l'effet du réchauffement – un peu comme si la nature veillait elle-même à ce que le recours massif des humains aux hydrocarbures n'ait pas de conséquences néfastes.

*L'hypothèse Gaïa
serait-elle une sorte
de post-humanisme
avant la lettre ?*

Auf RTL werden die Menschen gebeten, ihre Erinnerungsfotos mit Fausti zu schicken. Unzählige sind eingetrudelt. Sie sind alle schön. Sie erzählen von einem schönen Augenblick. Sie zeigen einen Menschen, manchmal auch ein paar, mit Fausti. Alle strahlen. Fausti strahlt aus, auch wenn seine Augen oft ernst blicken, tief. Er strahlt auf die Menschen aus. Er legt den Arm um sie, manchmal küssen sie ihn. Ein Augenblick Glück wird festgehalten.

Der großartige Musiker und Jazzer, der er jenseits von Knopfdruck- Clown, Blödelbarde und Marathon-Entertainer war, wird posthum gewürdigt. Er habe sich auf der Bühne total verausgabt, heißt es. Fausti sagt, es habe ihn glücklich gemacht, die Leute glücklich zu machen. Wenn sie lachten, habe es ihn glücklich gemacht. Natürlich ist er ein Profi, ein Glücksprofi dann eben, einer der professionell Menschen glücklich macht. Aber auch das ist nicht gerade wenig. Sich selber nannte Fausti einmal Hofnarr. Aber vielleicht war ja gerade er freier, weiser, lustiger als so manche Kulturcoole? ●

Leah Aronowsky démontre que l'approche de Lovelock, même si elle a fait les délices de certains écologistes, notamment déco-féministes, s'est aussi avérée utile, en permettant de relativiser le rôle des humains dans la rupture des équilibres climatiques, pour étayer les visions d'un monde « auto-poïétique » (capable de se régénérer quoi qu'il arrive) chères aux tenants du néolibéralisme.

Lovelock, aujourd'hui âgé de 101 ans, est un chercheur et inventeur très doué dont les recherches ont par exemple contribué à comprendre le rôle des chlorofluorocarbones – même s'il a lui-même défendu le moment venu, à l'encontre du consensus de ses pairs, la poursuite de leur production. Par ailleurs, il faut reconnaître qu'il n'a pas nié le rôle des émissions de gaz à effet de serre dues à la combustion d'hydrocarbures dans le réchauffement. Au contraire, il le tenait pour établi. Aronowsky voit dans Gaïa une sorte de post-humanisme avant la lettre, notant que les thèses de Lovelock sont devenues une « mascotte » de cette mouvance. Elle relève que ces dernières décennies, Lovelock a viré sur l'île pour devenir un catastrophiste pour qui un réchauffement extrême est inéluctable et l'humain une espèce menacée : juste ce qu'il faut pour achever d'assombrir le tableau. ●

Das Primat der Wirtschaft

Charles Wey, Zürich

Die Schweizer Pandemie-Politik



Coronamüde? Frühlingshafte Temperaturen locken die Leute in Scharen ins Freie, wie hier an der Zürcher Seepromenade

Am 24. Februar 2021 hat die Schweizer Landesregierung eine schrittweise Lockerung der Corona-Massnahmen beschlossen. Ab 1. März sollen alle Läden, Museen, Bibliotheken sowie Außenbereiche von Zoos und botanischen Gärten wieder geöffnet werden. In einem nächsten Schritt könnte drei Wochen später die Aufhebung der Homeoffice-Pflicht und die Öffnung der Außenbereiche gastronomischer Betriebe folgen – sofern es die epidemiologische Lage zulässt.

Die großen Schweizer Wirtschaftsverbände haben erheblichen Druck auf die Regierung ausgeübt, um die Hilfgelder für Betriebe einzustellen. Das entspricht der ideologischen Maxime des schlanken Staates.

Die rechtsnationalistische Schweizerische Volkspartei (SVP) und der Schweizerische Gewerbeverband, zusammen mit einer Mehrheit der Kantone, VertreterInnen der Mitte-Rechts-Parteien sowie den Wirtschaftsverbänden und Handelskammern hatten im Vorfeld vehement eine weitreichendere Öffnung gefordert. Die eidgenössischen Regierung, entschied sich trotz des massiven Drucks, einen vorsichtigeren Weg einzuschlagen.

Die schrittweise Lockerung der Massnahmen unterscheidet sich von der kompletten und unverzüglichen Öffnung, die im Mai des vergangenen Jahres nach dem ersten Lockdown durchgeführt wurde. Ähnlich wie in Luxemburg sorgte diese als Sonderweg bezeichnete Laissez-Faire-Politik sowohl national wie auch international für mitunter harsche Kritik. Dabei war die eidgenössische Pandemie-Bekämpfung noch laxer als jene im Großherzogtum. Darüber hinaus wurde bis Mitte November, als die zweite Welle Europa bereits im Griff hatte, an diesem Weg festgehalten.

Die Konsequenzen waren zeitweise dramatisch. Allein im November und Dezember starben zwischen 80 und 100 Personen täglich am Virus. Bis zum 22. Februar 2021 verzeichnet die Schweiz über 9 000 durch Covid-19-Infektionen bedingte Todesfälle bei einer Bevölkerung von rund 8,5 Millionen Menschen. Es handelt sich um eine der höchsten Todesraten weltweit.

Obwohl das eidgenössische Gesundheitssystem im internationalen Vergleich als leistungsfähig und resilient angesehen wird, geriet es vom November bis in den Januar hinein an seine Grenzen. Die Direktoren von fünf Universitätsspitalern warnten den Bundesrat, dass das Gesundheitswesen vor dem „Kollaps“ stehe. Die Spitäler waren nahezu komplett ausgelastet, dringende Eingriffe mussten verschoben werden. Der Bundesrat reagierte jedoch zögerlich auf die Hilferufe aus dem Gesundheitswesen. Erst kurz vor Weihnachten beschloss die Regierung einen sogenannten Lockdown Light.

Seit dem 18. Januar gelten jedoch ähnliche Massnahmen wie zu Beginn der ersten Corona-Welle. Damals wurde dem Bundesrat von Expertinnen und Experten sowie breiten Teilen der Öffentlichkeit noch eine konsequente und erfolgreiche Pandemiepolitik attestiert. Die Schweiz hatte die erste Welle vergleichsweise gut überstanden – was wegen der Nähe zu Italien und der starken Interdependenz des Tessins und der Lombar-

dei keine Selbstverständlichkeit darstellte. Aufgrund der tiefen Fallzahlen wägte man sich im Mai weitgehend in Sicherheit und beschloss trotz der eindringlichen Warnungen der beratenden Expertinnen und Experten den Schweizer Sonderweg einzuschlagen.

Dazu haben nicht zuletzt die großen Wirtschaftsverbände, allen voran Economiesuisse, der Verband der Großkonzerne, ihren Teil beigetragen. Sie haben erheblichen Druck auf die Regierung ausgeübt, die Massnahmen zu lockern und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Gleichzeitig drängte vor allem Economiesuisse den Bundesrat, die Hilfgelder für Betriebe, die unter der Corona-Krise litten und nach wie vor leiden, einzustellen. Das entspricht der ideologischen Maxime des schlanken Staates. Dieser Grundsatz entfaltet eine wechselseitig verstärkende Wirkung: Wenn der Tourismus, das Gewerbe und der Detailhandel keine finanzielle Unterstützung erhalten, müssen sie ihrem Geschäft nachgehen können.

Die Forderung, die Staatsausgaben in einem der reichsten und am geringst verschuldeten Ländern der Welt möglichst klein zu halten, fällt auf einen fruchtbaren Boden. Auch die Mitte-Rechts-Parteien wollen Forderungen in der breiten Gesellschaft nach einer höheren Besteuerung von Konzernen und wohlhabenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die bislang relativ schadlos durch die Krise gekommen sind, verhindern.

Auf der Strecke bleibt dabei die Gesundheitspolitik als kollektive Strategie. Der Finanzminister Ueli Maurer von der SVP erklärt am 21. November in einem Interview mit öffentlich-rechtlichen *Radio SRF* unverblümt: „Wir sind bewusst dieses Risiko eingegangen, weil wir eine Güterabwägung gemacht haben“. Eine Abwägung zwischen Menschenleben und einer liberalen Wirtschaftsordnung. In der Schweiz ist dieses Primat der Ökonomie während der Pandemie besonders stark zum Vorschein gekommen. Es ist aber, und auch das zeigt die Corona-Krise deutlich, längst keine helvetische Singularität. ●

MAUX DITS D'YVAN

Ubu, roi des vaccins

« Les vieillards, il faudrait les tuer jeunes. »
(Alfred Jarry)

On glose beaucoup sur la perte des libertés que nous impose la crise sanitaire. Il y en a une, notamment, qui s'est fait la malle, tout doucement, sans qu'on ne s'en aperçoive, et c'est celle, signe des temps, de la liberté de prescription du médecin. Une ébauche de dictature qui relève de la double peine, frappant à la fois nos libertés et notre santé et qui est pour cela doublement révélatrice et symptomatique des dangers véhiculés par la Covid-19.

« Merdre de merdre »,
le roi Ubu aurait-il usurpé
le pouvoir au Limpertsberg
et à la Villa Louvigny

Au Luxembourg, le médecin a le « choix » actuellement entre trois vaccins anti-Covid, ceux des laboratoires Moderna et Pfizer qui reposent sur la nouvelle technique qui recourt à l'ARN, et celui d'AstraZeneca qui utilise la technique classique de l'antigène désactivé. Pour ce dernier, on manque encore d'études sur son efficacité pour les patients âgés de plus de 65 ans, et il semble aussi moins efficace contre la mutation sud-africaine du virus qui sévit actuellement chez nos voisins du département de la Moselle. Les Belges l'interdisent ainsi pour les plus de 55 ans, les Français et les Luxembourgeois pour les plus de 65 ans, et il n'y a guère que les Anglais pour le distribuer à tout-va, sans limitation d'âge. Il est vrai que c'est eux qui le produisent et les Belges qui en manquent. Pour le dire cyniquement avec Aleksandar Vucic, le président serbe, orfèvre en matière de médecine et de démocratie : « Le meilleur vaccin est celui qui est disponible ». Au Luxembourg, justement, depuis le 4 février, on croule sous le stock des doses AstraZeneca et on impose donc aux médecins de le prescrire *largu manu* dans le cadre du programme vaccinator, Et tant pis si le patient est âgé de 64 ans et dix mois et vit près de la frontière française. S'il est vrai que la médecine est un art qui se sert de la science, il est tout aussi vrai que la politique est un art qui se sert de la médecine et de l'économie.

Voilà ce qui explique sans doute la situation ubuesque qui règne au centre de vaccination du Limpertsberg. Un médecin-alibi se borne à remplir un questionnaire avec le patient et « sélectionne » (terme de sinistre mémoire) le vaccin prévu par l'autorité. Il y a certes, semble-t-il, un médecin directeur du centre, mais celui-ci, débordé par l'ampleur de sa tâche purement administrative, ne peut rencontrer le patient qui aurait l'outrecuidance de lui demander ne serait-ce qu'une entrevue. « Merdre de merdre », le roi Ubu aurait-il usurpé le pouvoir au Limpertsberg et à la Villa Louvigny, où la déraison bureaucratique prime désormais sur la raison médicale et démocratique ?

Certes, absence actuelle d'études ne veut pas forcément dire moindre efficacité, et on conçoit mal pourquoi un vaccin serait moins probant passé la date butoir de 65 ans. Mais s'il existe un reste de risque de devoir revacciner certaines personnes, on ne peut que s'étonner de la rigidité avec laquelle se voit suivie la directive de prescrire obligatoirement l'AstraZeneca au moins de 65 ans. Le plan quinquennal, de sinistre mémoire, aurait-il remplacé les *best practices* ? La pandémie remet ainsi au goût du jour l'obéissance anticipative, la « voraueillender Gehorsam », et il n'y a pas que les conspirationnistes avérés qui se demandent si des *willing executioners* ne se frottent pas déjà les mains devant ce nouveau délitement de l'État de droit.

Mais que le bon peuple se rassure. Si jamais il déprime devant cette menace à la fois sanitaire et démocratique, il pourra toujours espérer se faire prescrire un antidépresseur. Aux dernières nouvelles, le Prozac serait efficace contre certaines formes graves de la Covid-19. ● Paul Rauchs



COVID-19

Language matters

Janine Goedert

It is not easy to belong to an unfashionable minority in lovely Luxembourg. One reason seems to be that there are still deep misunderstandings at the very highest level of government around the concept of disability.

When during the press conference on February 12th the Prime Minister referred to adults with Down syndrome as “Erwuessener déi un Trisomie 21 leiden”, a red light should have gone on as Mr Bettel seems not to distinguish between illness and syndrome, between a disease and a lifelong condition. Does this reflect deep-seated official assumptions and attitudes towards disabled people? – I hope not.

Language does matter in this area, perhaps more than anywhere else, as it reflects the way we relate to 'otherness'. If you are born with Down syndrome, you are born with an extra partial or whole copy of chromosome 21. The presence of the additional genetic material means that you will have a learning disability and are likely to have mild to moderate cognitive delays. You may also have a number of distinctive physical features, but you are not ill.

In this context, UK organisations that defend the rights of people with Down syndrome take a lead in providing guidelines on unacceptable language and on suggesting

alternatives. Thus, the National Down Syndrome Society (NDSS) offer a Preferred Language Guide on their internet site. And one of the key points they insist on is that: “People *have* Down syndrome; they do not *suffer from* it and are not *afflicted by it*.” The NDSS then encourage you to download their guide and distribute it to others. This is not political correctness gone mad; it is a move meant to ward off awkwardness and prevent anyone from sounding patronising or prejudiced. Ideally, of course, disability ought to be accepted by everyone as part of human diversity. After all, our own experience teaches us again and again that it is perfectly normal to be different. ●



ART NUMÉRIQUE

Multiplica

●●●●○

Am kommenden Wochenende startet in den Rotondes in Bonneweg das Festival *Multiplica*, das Kunst und digitale Wirklichkeiten miteinander verbindet. An vier Wochenenden im Februar, April, Oktober und Dezember werden die Besucher/innen audiovisuelle Shows, Konzerte und Installationen besichtigen sowie an Workshops und Konferenzen teilnehmen können. Der erste Block beginnt am Freitag, 26. Februar, um 19.00 Uhr mit einem Rundtischgespräch über die kreative Nutzung des Internets. Um 21.00 Uhr treten der Elektro-Musiker Frieder Nagel und der Digitalkünstler Maotik im großen Saal auf. Am Samstag um 14.00 Uhr

organisieren die Rotondes einen Workshop in Zusammenarbeit mit Finkapé, einem Netzwerk afrikanischstämmiger Frauen aus Luxemburg. Es werden Beiträge in der Online-Enzyklopädie Wikipedia verfasst und ergänzt. Ziel ist es, der Unterrepräsentation von Bipoc (*black, indigenous and people of color*) entgegenzuwirken, da die meisten Wikipedia-Einträge von weißen Männern zwischen 30 und 40 Jahren erstellt werden. Am Samstagabend spielt der audiovisuelle Künstler Ryoichi Kurokawa aus Japan im großen Saal. Ferner sind von Freitag bis Sonntag drei Kunstinstallationen auf dem Gelände der Rotondes zu sehen. ||

14

KULTUR

Land

26.02.2021

POLITIQUE

Focuna-Stipendiatin

●●●●○



Die seit 2016 vom nationalen Kulturfonds Focuna vergebene *Bourse d'accompagnement pour metteurs en scène émergents* geht in diesem Jahr an Mahlia Theismann. Mit dieser staatlichen Unterstützung soll es Theismann ermöglicht werden, die Regisseurin Anne-Cécile Vandalem bei der Entwicklung ihres neuen Stücks *The Kingdom* zu assistieren, das von den *Théâtres de la Ville de Luxembourg* mit produziert und im Juli Premiere feiern wird.

Mahlia Theismann hat Theater an der Universität Warwick und Regie an der Universität Lothringen studiert. Nach mehreren Assistenzen hat sie im Januar 2021 bei dem vom *Théâtre Ouvert Luxembourg* produzierten Stück *Moulins à paroles* von Alan Bennett erstmals selbst Regie geführt. Die Jury, die Mahlia Theismann den Zuschlag für das Stipendium gegeben hat, setzte sich aus der Historikerin Simone Beck, der Direktorin des Escher Stadttheaters, Carole Lorang, und der Stipendiatin von 2020, Sally Merres, zusammen. ||

Remix Future

●●●●○

In einem Jahr (am 22. Februar 2022) soll im Süden Luxemburgs und in der französischen Grenzregion die Europäische Kulturhauptstadt Esch 2022 eingeläutet werden. Das Projekt stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Der erste eingereichte Entwurf mit dem Thema *Love* wurde von der europäischen Jury verworfen. Daraufhin übernahmen Janina Strötgen und Andreas Wagner die Leitung. Ihr *Bidbook* mit dem Motto *Remix* erhielt im Herbst 2017 den Zuschlag. Nach den Gemeindewahlen wurden Strötgen und Wagner durch Nancy Braun und Christian Mosar ausgetauscht. Unter neuer Führung wurde ein großer Teil der im *Bidbook* festgehaltenen Projekte verworfen und im Februar 2019 ein Projektaufruf gestartet. Wegen der personellen Wechsel und der programmatischen Neuausrichtung kam es zu Verzögerungen; nicht wenige Künstler/innen und Kulturinstitutionen zeigten

sich enttäuscht und zogen ihre Projekte zurück, weil sie zeitlich nicht mehr durchführbar waren. Nachdem der künstlerische Leiter Christian Mosar im Mai 2020 durch Françoise Poos ersetzt wurde, scheint inzwischen zumindest auf personeller Ebene etwas mehr Ruhe eingekehrt zu sein. Über das künstlerische Programm der Kulturhauptstadt ist indes noch immer wenig bekannt, was innerhalb von Künstler/innenkreisen weiter für Kritik sorgt. Das könnte sich am heutigen Freitag anlässlich des *Remix Future – Digital Press Day* von Esch 2022 ändern. Auf dieser fast fünfstündigen Pressekonferenz sollen neue Projekte in den Bereichen Kultur, Tourismus und Mobilität vorgestellt werden und bei mehreren Rundtischgesprächen sollen Politiker und Kulturschaffende miteinander über die Kulturhauptstadt diskutieren. Das inzwischen auf 25 Mitarbeiter/innen angewachsene Team von Esch 2022, das zurzeit noch im *Creative Hub 1535°* in Differdingen arbeitet, soll übrigens demnächst in ein neues Verwaltungsgebäude ziehen, das vor der Gebläsehalle in Esch-Belval errichtet wurde und in Kürze bezugsfertig sein soll. Zweifel hatte es zuletzt daran gegeben, ob die 35 Millionen Euro teure Renovierung der Möllerei in Belval, wo das Projekt *Digital spaces* umgesetzt werden soll, wegen des coronabedingten *Lockdowns* im Baugewerbe im Frühjahr 2020 rechtzeitig abgeschlossen werden kann. Ein Antwort darauf soll es erst heute geben, wie Esch 2022 gestern auf *Land*-Nachfrage mitteilte. Insgesamt verfügt Esch 2022 über ein Budget von

60 Millionen Euro, das zu zwei Dritteln vom Staat übernommen wird. Die Stadt Esch/Alzette steuert 10 Millionen Euro bei, der Rest soll von privaten Sponsoren kommen. ||

MUSIQUE

Fausti



●●●●○

Er war ein Naturtalent und Vollblutmusiker, ein notorischer Spaßvogel und Stimmungsmacher. Kaum einer konnte die Luxemburger/innen so begeistern und unterhalten wie Faustino „Fausti“ Cima. Mit seinen Ohrwürmern und Stimmungshits animierte er jahrelang *Fuesbaler*, (*gëllen*) *Hochzäiten* und die *Päischtkroisière*. Seit seiner frühen Jugend spielte der Sohn einer luxemburgischen Mutter und eines italienischen Vaters in renommierten Orchestern Tanzmusik, hauptsächlich in Cabarets und auf Bällen. Später zog es ihn nach Deutschland, wo er Schlagerlieder aufnahm und in Diskotheken auftrat. In den 1980-er Jahren begann seine Zusammenarbeit mit dem Produzenten Jang Linster,

die ihn zu einer Ikone des seichten und chauvinistischen *RTL*-Unterhaltungsimperiums aufsteigen ließ. Trotz seines herausragenden Talents blieb Fausti zeitlebens ein musikalischer Arbeiter. Er musste schließlich seine 2017 verstorbene Frau Alice und seine beiden Söhne ernähren. Der Multi-Instrumentalist spielte oft stundenlang, selbst zwischen den Shows plante er kaum Ruhetage ein. Doch seine Besessenheit und sein Hang zu Perfektion gestalteten die Zusammenarbeit mit anderen Musiker/innen schwierig. Am Ende seiner Karriere trat er häufig nur noch als Alleinunterhalter mit einem selbstgebastelten elektronischen Keyboard mit Knopfakkordeon-Tasten auf. Ende vergangener Woche ist Fausti im Alter von 80 Jahren gestorben. ||

Fumage

●●●●○

Während des langen *Lockdowns* war der luxemburgische *Jazzman* Pol Belardi nicht untätig. Er hat vorwiegend Musik für Filme und Theaterproduktionen komponiert und an neuen Bandprojekten gearbeitet. Eines davon ist am Samstag, 6. März, um 20.00 Uhr im Kulturzentrum *opderschmelz* in Düdelingen zu sehen. Die neue Band heißt *Fumage*



und ist in Zusammenarbeit mit dem Niederländer Yuri Rhodenborgh entstanden, den der luxemburgische Multi-Instrumentalist 2018 bei einem *One-Time-Jazz*-Projekt in Amsterdam kennengelernt hat. Zusammen mit dem Bassisten Angelo Boltini haben Belardi (Schlagzeug, Tasten) und Rhodenborgh (Gesang, Gitarre) in den vergangenen Monaten bei Künstlerresidenzen im niederländischen Tilburg und in Düdelingen ein Set erarbeitet, das sie am 6. März erstmals vorstellen werden. *Fumage* kombiniert Jazz mit Rock und Pop und orientiert sich dabei an Bands wie *Dirty Projection* oder *Radiohead*. Auch Einflüsse von *Queens of the Stone Age* und *Motorpsycho* seien herauszuhören, erklärt Belardi gegenüber dem *Land*. Zwei Songs hat die Band bereits aufgenommen, zu hören sind sie auf *fumage.bandcamp.com*. ||

DANSE

Pas de deux

Am 2. und 3. März stellen der Choreograph Alexander Vantournhout und der Tänzer Axel Guérin ihr Stück *Through the Grapevine* im Studio des *Grand Théâtre* vor. Ausgehend von der Beobachtung, dass der menschliche Körper heute oft auf ein falsches Bild reduziert wird, oder auf einen Körper, der nur in der Repräsentation existiert, symbolisiert dieser *Pas de deux* für zwei Männer die Bedeutung der Berührung als unersetzliche Form der Intimität. Alexander Vantournhout dürfte

Tablo

LUXEMBURGENSIA

Flora & Fauna

Claire Schmartz

Ich bin ein großer Fan von Bestimmungs- und Naturkunde-büchern oder auch ihrer modernen Fortentwicklungen als Apps, die dir mit ein paar Klicks den Namen von Pflanzen oder Singvögeln verraten können. Aber man sieht nur, was man weiß. Man muss sie erst einmal entdecken. Im Kindergarten haben wir im Winter die Vögel in den Futterhäuschen beobachtet und benannt, in der Grundschule Blätter gesammelt, eingeklebt und mit Namen versehen. Auch heute horche ich bei Waldspaziergängen auf das Gezirpe, Gezwitscher und Getschilpe in Hecken und Gräsern und freue mich über neue Entdeckungen. Für jeden, der Freude an bebilderten und ausführlichen Nachschlagewerken zu den Wald- und Wiesenwundern hat, ist der Band *E Bléck an eis Natur vun A-Z* von Natur & Ëmwelt ein kleiner Traum.

Und auch ein dicker – 560 Seiten stark, passt der Band in keine Hosentasche, sondern ist zum Blättern und Nachschlagen zuhause gedacht. Er widmet sich vielfältigen Themen und Aspekten der Beobachtung der Natur und ist, wie das Buch selbst ankündigt, ein eigenes Ökosystem aus der Feder von 40 verschiedenen AutorInnen. Es besteht aus einem Lexikon mit 1 300 Stichwörtern, die die Flora und Fauna Luxemburgs betreffen. Dabei geht es aber nicht darum, alle Fakten zu liefern (dafür gibt es spezialisierte Nachschlagewerke), sondern um die Bezüge der Arten oder Einträge zu Luxemburg. Vom Ahorn zum Biber, vom Champignon zum Zitronenfalter, finden sich zwischendurch auch weiterführende Erklärungen, die Luxemburger Namen verschiedener Vogelarten, Redewendungen, alte Bauernregeln und zahlreiche andere Themen, die die Natur und Umwelt betreffen. Kranich oder Kahlschlag – sie hängen zusammen.

Das Buch ist aber nicht nur ein Lexikon, sondern bietet zwischendurch immer wieder längere Artikel zu partikulären Schwerpunkten: besondere Landschaften, Biotope und Lebensräume wie zum Beispiel Hecken, Aktionen von Natur & Ëmwelt, die Schwalbenrettungsaktion mit dem Flugzeug 1974 oder eine Fotoreportage zu bedrohten Tierarten. Bestimmte Orte werden vorgestellt, zum Beispiel der Altenhovener Bongert, wo jahrhundertealte Obstbäume stehen, mit über 80 verschiedenen Obstsorten. Apfelsorten wie Triumph aus Luxemburg, Boikenapfel oder der Weiße Trierische Weinapfel – andere konnten bisher noch nicht eindeutig bestimmt werden. Oder es geht um Feuchtgebiete wie die Baggerweiheren, mit all den hier anzutreffenden Tierarten: Störche, Rotmilane, Feldlerchen oder Neuntöter, die ihre übrig gebliebene Nahrung auf Dornen oder auch Stacheldraht aufspießen, um sie zu einem späteren Zeitpunkt zu fressen. Die mehrere Seiten umfassenden Artikel sind mit unzähligen farbigen Bildern oder Zeichnungen versehen, die Lexikonartikel mit tausend kleinen Vignetten, Bebilderungen der verschiedenen Pflanzenarten und Vegetationszonen sowie deren Besonderheiten.

Mit den Geschichten zu den verschiedenen Lebensräumen wird gleichzeitig die Geschichte der letzten 100 Jahre erzählt, aus de-

nen Natur& Ëmwelt hervorgegangen ist. Die Begründer und die ersten Meilensteine werden vorgestellt. Am Anfang stand die Gründung des Vereins Société pour la protection des animaux et des sites in Esch-Alzette, dessen Hauptanliegen der Vogelschutz war. Bald erweitert sich die Vereinigung, benennt sich um, erwirbt ganze Reservate als Schutzzräume, richtet u.a. ein Recherche- und Informationszentrum ein und verteidigt zunehmend Natur und Umweltschutz, den Erhalt der natürlichen Lebensräume. Im letzten Teil des Buches wird in 10-Jahres-Schritten die Geschichte der zusammengeschlossenen, gemeinnützigen Vereine beschrieben, die wichtigsten Projekte und historische Zeitzeugnisse wie Fotografien, Karikaturen oder Skizzen werden abgebildet.

Es ist auch die Geschichte der letzten 100 Jahre in Luxemburg. In einem Zeitalter, das sich Anthropozän nennt, weil selbst Natur und Geologie durch den Menschen mitgestaltet werden – wir heben Gruben aus, verschieben Erdmassen, fällen Wälder und leiten Flüsse um –, ist das Bewusstsein unseres Einflusses auf die Umwelt wichtiger denn je. Genau wie die Kenntnis des Bestandes an Tierarten und Pflanzen, Lebensräumen und Ökosystemen in unserer Umgebung. So widmet sich zum Beispiel das Kapitel „Rote Erde, grüne Oasen“ den Tagebau-Gebieten im Minett, im Süden Luxemburgs. Wie zeigen sich die Folgen des Tagebaus in der Landschaft und den neuen, heute dort angesiedelten Arten? Wie hat die menschliche Aktivität die Natur hier verändert, verdrängt oder aufleben lassen? Denn die Natur hat sich die Tagebauten, die Altlasten der Bergbau-

industrie, auf ihre Art und Weise zurückerobert und das einst nackte Gestein in einen Wald verwandelt. Wie gestalten sich die Hänge, die Erdschichten heute? Welche Folgen können wir hieraus ziehen, wie die Natur um uns herum schützen oder beobachten? Denn genau darauf, auf das Lesen, Beobachten und Untersuchen der Landschaft um uns herum, machen die informativen Geschichten und Artikel in dem ausführlichen Band sehr große Lust. ●

Natur & Ëmwelt (Hg.): *E Bléck an eis Natur vun A-Z. entdecken & wëssen, schützen & hëllefen*. Mit zahlreichen farbigen Fotos. Deutsch. natur&ëmwelt 2020

CINÉMA

Hollywood, ton univers impitoyable

Pablo Chimienti

Remake d'un film méconnu des années 80, *The Comeback Trail* a de quoi faire saliver les cinéphiles : un scénario mélangeant coulisses hollywoodiennes, comédie et western, un casting cinq étoiles et un décor très *seventies* qui joue avec une belle dose de nostalgie. Pourtant, sans parler d'incident industriel, le film de George Gallo ne dépasse pas le stade de comédie gentillette.

George Gallo est loin d'être un inconnu dans l'univers du 7^e Art. À 65 ans, celui qui est par ailleurs peintre et musicien, peut se vanter d'avoir une belle filmographie derrière lui. *Wise Guys*, *Midnight Run*, *Bad Boys*, etc. Autant de films auxquels il a participé... en tant que scénariste ! Niveau réalisation, l'homme est également loin d'être un débutant. *The Comeback Trail* est son dixième film, son premier long métrage, *Trapped in Paradise* date de 1994. Mais aucune de ses réalisations (*29th Street*, *My Mom's New Boyfriend*, *Middle Men*, *Columbus Circle* ou encore *The Poison Rose*), n'a connu le succès de celles de Brian De Palma, Martin Brest ou Michael Bay. En regardant ce *Comeback Trail*, on comprend aisément pourquoi. Attention, le film est loin d'être un navet – les critiques grand-ducaux lui décernent d'ailleurs un 3/5 de moyenne –, mais avec un tel scénario et avec un trio de rêve : Robert De Niro, Tommy Lee Jones et Morgan Freeman (qui ont remporté, à eux trois, la bagatelle de quatre Oscars, trois Golden Globes, deux Cecil B. DeMille

awards, deux prix d'interprétation à la Mostra de Venise, deux à San Sebastián, un à Cannes, un à la Berlinale, un Bafta, etc.) le spectateur pouvait s'attendre à quelque chose de consistant et virtuose frôlant le chef-d'œuvre ; il devra se contenter d'une comédie certes sympathique, mais sans plus.

L'histoire s'axe autour de Max Barber. Dans les années 70, il est, avec son neveu Walter, à la tête de

Miracle Films, société de production cinématographique dont les ambitions artistiques n'ont jamais vraiment été rejointes par les possibilités financières. Leur dernier film, *Killer Nuns* attire enfin les foules devant les salles de cinéma. Mais pas pour aller voir le film, plutôt en signe de protestation.

Du coup, le vieux producteur filou se retrouve, encore une fois, endetté jusqu'au cou. Problème, cette

fois-ci, c'est à Reggie Fontaine qu'il doit de l'argent. Le caïd de la mafia locale a beau être cinéphile et a beau comparer chacune de ses actions avec celle d'un personnage d'un film de l'âge d'or d'Hollywood, quand il est question d'argent, il n'a pas trop le sens de l'humour. Max ne dispose que de quelques jours pour le rembourser. Alors quand il apprend que son ancien assistant et désormais ennemi, James Moore, va toucher plusieurs millions de dollars suite au décès accidentel de la star de son dernier film, le vieil homme a une idée. Il va reprendre un scénario au hasard, proposer le premier rôle à une vieille star has-been et faire en sorte que celle-ci périsse dans un accident dès le premier jour de tournage pour toucher ainsi l'argent de l'assurance. C'est pour ça qu'il fera appel à Duke Montana, ancienne gloire du western fauché et alcoolique dont le seul but est désormais d'en finir avec la vie.

Bien évidemment rien ne se passera comme prévu et le vieux cow-boy parviendra, sans vraiment le vouloir, à se sortir de tous les pièges concoctés par le producteur. Des pièges qui donneront au tournage une force dramatique toute particulière qui finira par se ressentir sur les images immortalisées sur la pellicule. Et voilà que, ce qui était censé n'être qu'un film de série Z prétexte pour un tournage voué à s'arrêter au plus vite, finira par donner de grands moments de cinéma et bouleverser les projets de l'acteur, du producteur, mais aussi du mafieux.

Avec un tel scénario et un tel trio de rêve, on s'attend à frôler le chef-d'œuvre

On le répète, pas de quoi crier au génie ; le scénario est même plutôt téléphoné. Cela dit, on passe tout de même un bon moment en regardant ce *Comeback Trail*. C'est, certes, du cinéma vite consommé (et vite oublié ?), mais sur le moment on rigole bien. Le *splastic* fonctionne toujours, le côté papys grincheux des trois personnages principaux est réjouissant et dans les dialogues on dénombre un certain nombre de tirades bien trouvées. Et les deux scènes de casting : pour trouver le comédien et pour trouver le réalisateur du film – qui finira d'ailleurs par être une réalisatrice – sont assez jolissives. On s'en contentera volontiers vue la pénurie actuelle de films dans le monde de la distribution cinématographique ●



Natur & Ëmwelt hat ein 560 starkes Nachschlagwerk zur Flora und Fauna veröffentlicht



Comeback Trail, de George Gallo





CONCERT DESSINÉ

Post-apo sans un mot

Kévin Krocze



Jan Mörgenson
et Nicolas Moog
aux Rotondes

Mercredi 17 février, sur les coups de vingt heures, un petit rassemblement se forme à l'entrée du Klub des Rotondes. On y retrouve quelques habitués, des trentenaires pour la plupart. Ce soir, est programmé un « concert dessiné », créé et interprété par les messins Jan Mörgenson et Nicolas Moog. Le premier est un musicien, chanteur d'un son blues-folk « primitif », pour reprendre une étiquette qu'on lui accole régulièrement et qui lui sied plutôt bien. Le second, lui-même musicien, est surtout un dessinateur de

Mörgenson s'en va-t-en
guerre contre ses démons

bande dessinée, qui publie notamment dans la revue *Fluide glacial*. Ce spectacle liant musique et dessin, présenté à l'origine à la BAM (Boîte à Musiques) à Metz, en août dernier, renaît donc au Grand-Duché. Son annonce a été reçue avec enthousiasme par la presse autochtone, il n'en fallait pas plus pour titiller la curiosité du public à Bonnevoie. Dans le Klub, une trentaine de sièges ont été installés à travers toute la salle. La lumière est tamisée à l'excès.

Vers le centre-droit de la pièce, Nicolas Moog est installé près de la régie, en hauteur. Il dessine, manches retroussées, sur une feuille posée sur un rétroprojecteur facétieux. Sur un grand écran, on voit, en flou, ses bras tatoués tenant un feutre et dessinant un petit personnage dont on va suivre les pérégrinations une heure durant, à travers dix vignettes pour une douzaine de morceaux instrumentaux. L'auteur de ces lignes, myope et installé au fond de la salle, va devoir plisser les yeux tout du long pour y voir plus clair. Sur la scène, Jan Mörgenson, armée d'une *lap steel guitar*, s'en va-t-en guerre. En guerre contre ses démons, du moins peut-on le penser tant il semble habité par sa musique des plaines, difficilement transcribable par des mots. En guerre contre la situation actuelle, en sous-texte de la performance. Le petit personnage, aux traits simplistes, évolue seul ou presque, dans un monde où la nature semble avoir repris ses droits, mais dont la trace d'une catastrophe, apparemment chimique, se devine par la présence de barils contenant un liquide d'un vert fluo des plus inquiétants.

Le héros de ce conte post-apo, à la narration plus que classique et prévisible, cueille une pomme, pêche au milieu d'une hécatombe de poissons empoisonnés et chasse un cerf à l'arc. Le dépeçage de l'animal

pousse Nicolas Moog vers une folie maîtrisée caractérisée par des gribouillis rouges frénétiques. Les crépitements secs du guitariste renforcent l'aspect sanglant de la scène. S'ensuit un tableau qui prend aux tripes, où le héros pleure la disparition de son chien, unique compagnon de route, empoisonné lui aussi par la substance nocive. Les vignettes, évolutives laissent place à diverses interprétations. Ainsi, les optimistes tout comme les cyniques trouvent un écho à leurs propres sensibilités. Bien qu'universelle, cette fable semble s'ancrer dans une Amé-

rique stylisée (on pense notamment à cette atmosphère singulière de certains films des frères Coen) et fantasmée par le duo. On apprend dans la notice biographique de Nicolas Moog sur le site de Casterman, l'éditeur de référence en matière de BD, que durant son temps libre, le dessinateur « lustre son banjo et boit des tequilas à Tucson, Arizona ». On comprend mieux cet attrait du duo pour une musique folklorique, parfois sèche mais pas âpre pour un sou. Le concept n'a rien de novateur certes, mais l'expérience vaut le coup d'être vécue. ●



Illustration :
Nicolas Moog

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 30.03.2021
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le Portail des

marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de carrelages à exécuter dans l'intérêt de la construction d'un nouvel internat pour la Fondation Pro Familia à Dudelange.

Description succincte du marché :
Fourniture et pose de :
– Carrelages de sol en grès cérame (600 m²) ;
– Carrelages muraux en grès cérame (500 m²).

La durée des travaux est de 60 jours ouvrables, à débiter le 2^e semestre 2021.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :

Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
25.02.2021

La version intégrale de l'avis n° 2100302 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 02.04.2021
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le Portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux d'installations photovoltaïques à exécuter dans l'intérêt de la construction du Lycée technique agricole à Gilsdorf.

Description succincte du marché :
Installation et mise en service de :
– 5 x installations photovoltaïques (1 par bâtiment) d'une puissance totale de 962 kWc ;
– 2 914 panneaux photovoltaïques ;
– 37 onduleurs ;
– 6 x tableaux électriques.
Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
La durée du marché est de 150 jours ouvrables, à débiter le 3^e trimestre 2021.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :

Les documents de soumission peuvent être retirés via le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
25.02.2021

La version intégrale de l'avis n° 2100365 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Votre publicité ici

Contactez Zoubida Belgacem qui est en charge de la régie publicitaire au sein du *Lëtzebuurger Land*

+352 48 57 57 32
zbelgacem@land.lu

d'Lëtzebuurger **Land**

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983. Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzebuurger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant et mise-en-page** Pierre Greiveldinger (48 57 57-34; pgreiveldinger@land.lu), **Rédacteur en chef** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), **Rédaction** France Clarinval (48 57 57-26; fclarinval@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-35; ikurschat@land.lu), Luc Laboulle (48 57 57-28; llaboulle@land.lu), Pierre Sorlut (48 57 57-20; psorlut@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu), **Photos** Sven Becker (48 57 57-36; sbecker@land.lu), **Administration et publicité** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg Courrier Boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Twitter** @Letzland **Facebook** d'Lëtzebuurger Land **Instagram** letzebuurger_land **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,50 € **Abonnement annuel** 160,00 € **Abonnement étudiant/e** 85,00 € **Comptes en banque** CCPLLULL: IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL: IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGILLULL: IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELULL: IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL: IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXLULL: IBAN LU59 0080 0484 9600 1003 **www.land.lu**

EXPOSITION

Profusion à la Viallat

Lucien Kayser



Une exposition qui peut donner lieu à une sorte d'étourdissement

On sait les espaces de la galerie Ceysson & Bénétière, au Wandhaff, amples, généreuses. Ce qui les distingue plus de salles de musée, c'est qu'ils offrent, dès l'entrée, quasiment un coup d'œil total. Toute l'exposition se déploie, s'offre à vous. Ce n'est pas peu dire quand il s'agit de celle de Claude Viallat, d'une cinquantaine d'œuvres, toutes de grande dimension. Il en est qui font trois à quatre mètres. Vous en êtes entouré, comme si vous entriez dans une explosion de formes, de couleurs, une explosion de vie (à prendre les deux ensemble). On dira un émerveillement, de pareille création incessante, qui peut tourner à la griserie, à une sorte d'étourdissement (il faudra y revenir).

Commençons par les couleurs dont Claude Viallat nous met plein les yeux. L'exposition s'intitule : Dans tous les sens, il s'agit évidemment du sens de la vue, mais excité, enchanté par une profusion de couleurs (pour les formes, ce sera plus tard également). Couleurs qui se marient entre elles, auxquelles il arrive de se chamail-ler, couleurs qui chuchotent, d'autres qui crient. Décidément, Claude Viallat s'avère, lui qui peut de même se satisfaire d'un bout de ficelle, d'une corde, grand coloriste. Les couleurs, il les fait danser, comme les formes des œuvres (nous y voilà), comme cette forme qui lui est propre et sur laquelle il faudra aussi s'attarder.

Là-dessus, le visiteur sera confronté d'un bout à l'autre, répétition d'un même toujours différent, varié, à la forme Viallat, éponge, haricot, rein, sa marque, aujourd'hui on dirait logo, plus savamment son blason. « Une pulsion proliférante », selon Matthieu Léglise, ajoutant plus loin que la forme est « à la fois mutique (elle ne représente rien) et généreuse (qui permet toutes les lec-

« Une pulsion proliférante » dont formes et couleurs donnent une explosion de vie au Wandhaff

tures) ». En relief, en creux, au pochoir, dans les assemblages de tissus, de papiers, elle peut s'ali-gner, ses séries peuvent s'opposer, se contrecar-ter. Des fois réussir à vous faire tourner la tête.

Il est ainsi deux temps dans la visite de l'exposition de Claude Viallat. On commence par plon-ger dans pareille profusion, et après il faut s'en détacher. Choisir alors telle œuvre et la regarder, la scruter de près. On aura d'ailleurs noté depuis longtemps cette autre richesse, des supports, tex-tiles, même cul de fauteuil ou parachute, tous de récupération. Et l'on ne sera pas étonné de dé-couvrir de la finesse, de la délicatesse derrière un matériau a priori brut, grossier. C'est le moment aussi, suivant l'endroit et le choix, de faire face à

quelque chose de plus statique, ou de laisser le regard de nouveau gagné par un beau dynamisme.

Troisième temps, plus inattendu (du moins pour la plupart des visiteurs), plus discret, voire intime, et il faut poursuivre plus loin, pour tomber sur ce Mur de taumachie, avec des œuvres qui, de pe-tite et très petite dimension, sont tout le contraire du reste, répétition là de la figuration du taureau et des courses. Ce n'est pas dans l'air du temps, mais Viallat est originaire du pays nimois, et le voici dans la suite des Goya et Picasso. Et pour plus d'un visiteur, le souvenir surgit des lectures des Bataille, Caillois, Leiris, des comptes rendus des férias par Jean Lacouture dans *Le Monde*, le journalisme se faisant alors littérature.

Claude Viallat a réuni bon nombre de dessins, encres de Chine, crayons, acryliques, dans un somptueux livre. Des taureaux seuls, ailleurs avec toreros et picadors dans les corridas, ou avec les rasateurs tout de blanc vêtus dans les courses camarguaises. A Nîmes, le Musée des Cultures Taurines qui porte les noms d'Hen-riette et de Claude Viallat, est riche de près de trente mille pièces, et le coup d'œil sur une pra-tique désormais honni est multiple, artistique bien sûr, mais également historique, ethnogra-phi-que, scientifique. Naguère, dans une autre ville ouverte à la même tradition, Arles, Viallat avait exposé quelque cent cinquante dessins, « j'ai toujours été excessif », avoue-t-il dans le livre dans un entretien avec Michel Nuridsany.

Et plus loin, il évoque « une spirale où les choses s'ajoutent... se questionnent dans le temps et dans l'espace ». Image qui ramène à notre point de départ. ●

KINO

Generationskonflikt

Viggo Mortensen hat es nach dem weltweiten Erfolg von *The Lord of the Rings* vermieden, in den ganz großen Filmproduktionen mitzuwirken. Vielmehr sucht er sich seine Projekte mit äußerster Sorgfalt aus und setzt dabei immer wieder auf kleine Independent-Produktionen wie *Captain Fantastic* (2017) oder auf größere Filme an der Schnittstelle zwischen Arthouse und Hollywood wie in Peter Farrellys *Green Book* (2019).

In *Falling* gibt es keine großen, tränenreiche Gefühlsausbrüche, keine dramatischen Wendepunkte

Mit seinem neuen Film *Falling* bleibt er dieser Linie treu, Mortensen übernimmt darin nicht nur die Hauptrolle, er schrieb das Drehbuch und führte erstmals Regie. Vieles spricht mithin dafür, diesen Film als Herzensprojekt zu sehen, denn die wengleich fiktionale Geschichte nährt sich doch eigenen Angaben zufolge stark aus Mortensens Kindheitserfahrungen und Familienerinnerungen und der im Abspann erscheinende Verweis auf seine beiden Brüder bekräftigt die sehr persönliche Ausrichtung des Films. *Falling* ist die Geschichte von der immer schwieriger werdenden Beziehung zwischen John Peterson (Viggo Mortensen) und seinem unter Demenz leidenden Vater Willis (Lance Henriksen).

Das Hauptkonfliktfeld des Films liegt in der Familie, also an dem Ort, an dem Amerikas Seele sitzt. Der Vater ist ein frauenfeindlicher, rassistischer und homophober Egozentriker, der keinerlei Hehl daraus macht, dass ihm die offene Homosexualität seines Sohnes und seine Beziehung zum koreanischen Krankenpfleger Eric (Terry Chen), mit dem er zudem ein adoptiertes Kind großzieht, missfällt.

In diesen eindringlich gespielten Szenen eines zwischen Geduld und Verzweiflung oszillierenden Mortensen und dem mit präziser Aggression auftretenden Henriksen vermittelt sich das Bild einer gestörten Familie, in der es nicht so sehr an Liebe mangelt, sondern an

Kommunikationsfähigkeit. Henriksen verschreibt sich der großen Geste, agiert nahezu bis ins Groteske überzeichnet, Mortensen hingegen spielt zurückgenommen, auf die feine Mimik konzentriert. Was aber in den Momenten der Ruhe durchscheint, ist die bedingungslose Liebe, die der Sohn für seinen Vater empfindet: Dass der Vater an der Krankheit zugrunde geht, steht fest. Bis es aber so weit ist, soll er der sein, der er ist. Der Störfaktor innerhalb einer ansonsten intakten Familienharmonie. Was da bleibt sind die Erinnerungen, der Rückzug in die Glücksmomente der Vergangenheit.

Mortensen entfaltet dieses Familienporträt über mehrere Zeitebenen, blickt aus der Gegenwart qua Rückblende in die Vergangenheit ohne dabei immer ganz transparent werden zu lassen, aus welcher der Perspektiven dieser Vater-Sohn-Beziehung das Vergangene betrachtet wird, noch, ob die Erinnerungen sich tatsächlich so abgespielt haben. Das schafft beinahe lyrische Passagen, die begleitet von den Klängen Mortensens eigener Klavierkompositionen, über die Vergänglichkeit menschlicher Erinnerung reflektiert – und das in einem Film, der zentral um die Fragen der Gedächtnisleistung, der Vergesslichkeit und die Fragilität des Menschen selbst kreist.

Dem Anspruch eines wirklichkeits-bezogenen sozialen Dramas verpflichtet, erzählt Mortensen ferner auch vom Generationsunterschied und beschaut in *Falling* ausgehend von den familiären Brüchen auch die tiefen Risse in der US-amerikanischen Gesellschaft, die in den letzten Jahren mit neuer Vehemenz aufgetaucht sind. Die Bilder wirken stellenweise wie in Nostalgie getaucht; eine wehmütige Erinnerung an die Obama-Ära scheint da durch ohne dabei aber in einen überquellenden Gestus der Emotionalität zu verfallen: Keine großen, tränenreiche Gefühlsausbrüche, keine dramatischen Wendepunkte gibt es in *Falling*; anstelle plötzlicher Erkenntnis tritt viel eher das Gefühl von einsichtigem Verständnis – das Unveränderliche, das Unüberbrückbare wird letztendlich akzeptiert. Viggo Mortensen – ohnehin ein künstlerisches Multitalent, der auf den Gebieten der Fotografie, Musik und der Malerei äußerst bewandert ist – beweist mit *Falling* ein feines Gespür für die Filmregie, größere Aufmerksamkeit, fernab des Arthouse-Kinos, dürfte der Film allerdings nicht erreichen. ● Marc Trappendreher



Lance Henriksen und Viggo Mortensen



Le Grand-Duché de Luxembourg n'a jamais été une puissance coloniale, mais il fut largement associé à la politique coloniale de la Belgique. De nombreux Luxembourgeois partirent s'installer au Congo belge entre 1880 et 1960. Missionnaires, ingénieurs, commerçants, artisans et même fonctionnaires coloniaux, ils participèrent en grand nombre à la colonisation en Afrique centrale.

Dans la première monographie consacrée à l'aventure coloniale luxembourgeoise au Congo, l'historien Régis Moes retrace l'histoire des colons luxembourgeois et analyse leur statut légal au Congo belge, la composition socioprofessionnelle de leur groupe, mais aussi la propagande coloniale faite au Grand-Duché.

Cette colonie qui nous appartient un peu

La communauté luxembourgeoise au Congo belge 1883-1960

Ce travail de recherche de 438 pages illustrées, primé meilleur mémoire de Master 2 par la Fondation Robert Krieps en 2010, vient d'être réédité et est à nouveau disponible en librairie au prix de 35 euros ou sur land.lu

Who do you think you are?

Janine Goedert

Covid-19 has definitely changed our perspective on the world around us. For almost a year now we have been asked to step back and sit still, while Luxembourg has become trapped in an accelerating spiral that is often too close for comfort. And not just because of the virus.

The recent sour cherry on the cake was Open-Lux, the international investigation that targeted multinationals and the ultra-rich but, above all, revealed the opacity of our financial centre and the way it keeps attracting wealth at the expense of other countries. Whatever is not forbidden seems to be allowed! So maybe after Corona this is something our national ethics committee should be having a look at. The journalists also explained that what we have been told again and again, namely that we all profit from the shady deals and elaborate tax evasion schemes, is itself a perfect lie since, ultimately, democracy is being undermined and inequalities are allowed to flourish.

Then, on February 18, Dominique Gros, former mayor of Metz, drew a more than unflattering comparison between Luxembourg and Swit-

zerland in *Le Monde* with regard to how “frontaliers” and the taxes they pay are dealt with. Suddenly the Swiss are no longer, as Harry Lime put it in *The Third Man*, the country that produced nothing but the cuckoo clock, but a model of ethical behaviour and fair play, whereas we are depicted as greedy pigs with no nous whatsoever. It seems that our politicians simply keep singing glorious tunes about the Grande Région, while our neighbours across the border are looking on with increasing irritation and resentment.

You might argue that the carefully painted façade started to crumble two months ago with that handful of government ministers going on holiday over New Year, closely following the rulebook of the Grand-Duke and his wife. Once again, whatever is not forbidden seems to be allowed! And, clearly, such patterns of human behaviour are not about to change. Thus, those ministers and the Grand-Duke have recently been topped by the president and the two vice-presidents of the board of the Hôpitaux Robert Schuman. The latter had the Covid jab together with people in tier 1, i.e. with care home residents as well as with health care professionals and staff working

in hospitals and care homes. In this context, it is worth remembering that, for the time being, the vulnerable and frail living at home are still made to wait their turn.

I wonder if that gang of three have been hiding behind their designer sofas ever since. Might they not at least have had the decency to apologise? After all, we were meant to be in this together. We were meant to be part of the solution, not the problem. Yet their only move was to send the Schuman foundation's Squealer (remember the propagandist in *Animal Farm*?) to explain it all away.

Not surprisingly, it appears that after so many depressing revelations gloom has set in. The various loose strands are coming together and there is no carpet big enough to sweep them under. Far from it. In fact, the next illustration of what Hamlet referred to as “the insolence of office” might be just round the corner via the Superdreckskescht. A deep irony if ever there was one, but then, yes, dirt will have dirt and you had better brace yourself. A year into the virus, it is by no means all over. ●



Stil

LE CONCEPT



Take away

Pendant qu'une partie des membres de l'horeca défile sur le pavé pour faire entendre son désarroi, d'autres voient la situation précaire comme un appel au renouvellement. Parmi eux, certains ont transformé leur bar-resto en *take away* et se défendent plus ou moins bien en proposant à leur clientèle des plats à emporter, mijotés avec soin et amour. Ainsi Christophe Bréjaud, dynamique propriétaire du très couru Les

copains d'abord derrière le Palais, qui, dans son resto du même nom à Metz a remplacé les cocottes par des bocaux afin que sa clientèle puisse emmener de bons plats en sauce à la maison. Comme il se réjouit d'un beau succès, il a décidé de commercialiser l'idée par de la vente officielle en lieu séparé. La rue Serpenoise, jadis le fleuron du commerce messin et comparable à notre Grand-Rue, voit également ses commerces fermer les uns après les autres. Christophe est prêt à la faire revivre et à lui rendre l'ambiance d'antan, en investissant plus d'un million d'euros dans un local digne de représenter sa cuisine. C'est donc en plein centre que l'on pourra (dès septembre, si tout va bien) acquérir les savoureux plats. Si le cuisinier a confiance en son concept, c'est aussi parce qu'il est persuadé que le bocal est la meilleure manière de restituer au maximum les saveurs tout en permettant une

bonne conservation. La date limite de conservation sera de six jours et nous espérons que la clientèle du restaurant luxembourgeois en profitera aussi au maximum. GD

LE GROUPE

Barbier and more

Ils existent depuis cinq ans et leurs salons sont particulièrement à recommander aux hommes pressés comme à ceux qui ne sont pas véritablement des fanas du shopping mais ont néanmoins



besoin d'acquiescer de façon ponctuelle un nouvel accessoire pour leur garde-robe, une bonne bouteille pour un dîner ou le cigare qui ira avec le digestif. En créant leur société, les associés de Emporio del Uomo (photo : GD) ont voulu ainsi joindre l'utile à ... l'utile et ont lancé un concept qui lie le coiffeur au barbier et à la boutique d'objets pratiques. En ce qui concerne les salons, que l'on trouve dans pratiquement toutes les grandes surfaces du pays, de la Belle Étoile à la City Concorde, en passant par Belval Plaza et Topaze, ils ont misé sur un look rétro, un peu « prohibition », le lien étant ainsi fait avec l'époque où l'on trouvait des barbiers jusque dans les plus petits villages des États-Unis. À part les coupes de cheveux ou le rasage, proposés au client avec ou sans rendez-vous, au niveau du shop, les parfums seront avant tout réservés à la gamme complète de la marque Acqua

di Parma. Des gels pour rasage, shampoings et autres produits de beauté sont aussi disponibles. Mais on y trouvera aussi une gamme intéressante de vins, ou, pour les plus coquets, des montres, des ceintures et des cravates. Celles-ci sont, par ailleurs, exclusivement fabriquées pour la maison. Notre coup de coeur ira aux boutons de manchettes originaux et à tous petits prix, pour la plupart en-dessous de cinquante euros. GD

LE SHOP

Midnight Express

Parmi les initiateurs de nouveaux projets en matière de restauration, il n'est pas celui qui s'affiche le plus. Il a pourtant initié plusieurs projets qui ne sont pas sans intérêt. Parmi eux, Picanha Plaza à

Bonnevoie est sans doute celui qui est devenu le cheval de bataille du portugais Nuno Soares, qui avait jadis créé l'Atmosphère, avant d'ouvrir Sushi Plaza. Le jeune Portugais a aussi repris, juste avant la pandémie, le Check Inn au Findel, endroit festif qu'il n'a donc pas encore vraiment pu exploiter depuis. Si, en attendant des jours meilleurs, Picanha Plaza se limite à faire du *take away*, Nuno vient de rajouter en janvier une corde à son arc qui est destinée à faire plaisir à ceux qui ont des besoins d'alimentation après les heures d'ouverture officielles. Si vous avez un(e) invité(e) surprise de dernière minute après 21 heures, un coup de fil suffit au 671 098 735 et on vous apportera chez vous produits et quantités désirées jusqu'à 3 heures du matin. Ce ne sont cependant pas que des boissons, alcoolisées et autres, qui sont proposées, car la nuit il arrive aussi qu'on



ait faim et donc des pâtes, des pizzas ainsi que des condiments ou autres poivres et sel sont livrés sur commande. Pour les moments coquins, brosses à dents, dentifrice et préservatifs sont aussi stockés. Sur le site on vous promet une livraison en trente minutes. Il est dès lors clair que le service fonctionne exclusivement en capitale et alentours. Les habitudes des citoyens ayant pas mal changé avec la pandémie, le jeune entrepreneur pense que le service continuera à être offert après la crise du Covid-19. GD

